

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

182 (8.8.1919)

# Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Preis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Abloren oder am Postkasten monatlich 1.60 M., vierteljährlich 4.80 M. Zugestellt durch unsere Träger monatlich 1.70 M., vierteljährlich 5.10 M.; durch die Post 1.74 M. bezw. 5.22 M. vorauszahlbar. Ausgabe: Montag mittags; Geschäftszeit: 1/28-1/21 und 2-1/28 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spalt. Anzeigen od. deren Raum 25 J., zugl. 30 % Teuerungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/28 vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

## Oesterreichische Gegennote auf die Friedensbedingungen.

St. Germain, 7. August. Die deutsch-oesterreichische Friedensdelegation hat der Friedenskonferenz eine Note überreicht, die die Einwendungen gegen den Vertrag in seiner Gesamtheit enthält. Die Note macht darauf aufmerksam, daß Deutsch-Oesterreich nur solche Milderungen des Vertrages verlange, die für sein Volk eine dauerhafte Besserung bedeuten. Was die Grenzfragen anbelangt, so habe sich Deutsch-Oesterreich umsonst auf das Nationalitätsprinzip und auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker berufen. Es lehne namentlich die Verantwortung ab, Deutsch-Oesterreich sei schon jetzt davon überzeugt, daß es die ihm durch den Vertrag aufgebürdeten ökonomischen Lasten nicht tragen könne. Die Note geht dann im einzelnen auf jene wirtschaftlichen und finanziellen Klauseln des Vertrages ein. Sie führt aus, daß es Deutsch-Oesterreich in den nächsten Monaten unmöglich sei, Milch, Getreide und Vieh zu liefern, da doch keine Rückerstattung von Getreide und Vieh in Aussicht genommen sei. Deutsch-Oesterreich müsse sich um die finanzielle Kontrolle der Ententeleistungen stellen lassen, erwarte aber, daß die Reparationskommission mit der durch die bevorstehende Lage gebotenen Schonung vorgehen und Deutsch-Oesterreich die notwendigen Kredite zur Beschaffung von Rohstoffen und Lebensmitteln eintreiben werde. Es sei notwendig, daß die Reparationskommission in Bezug auf alle wirtschaftlichen und finanziellen Friedensbedingungen die nötigen Nachvollkommenheiten bestimme. Fallsichtig solle nun die Reparationskommission auch für die Ordnung der inneren Verhältnisse sorgen. Aber gerade in einer der verwickeltesten Fragen der Liquidation sind ihr durch gewisse Bestimmungen des Vertragsentwurfs die Hände gebunden, was die Verteilung der Schulden anbelangt. Wenn sie unverändert bleibt, werden der Staat und seine Bürger in einen ganz ungerechten Bankrott treiben und die Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung unmöglich gemacht.

Was die Kriegsschulden betrifft, so führt die Note aus, daß die Verpflichtungen des alten Oesterreichs für 24 von 20 Millionen seiner Staatsangehörigen als nicht bindend erklärt werden, während doch die Verpflichtungen Deutsch-Oesterreichs ganz die gleichen sind wie die der Nachfolgestaaten. Rechtlich und aus ökonomischen Gründen erhebe es sich selbstverständlich, daß sich alle Entschuldigungsverpflichtungen in die Gesamtheit der Schulden der alten Monarchie zu teilen haben. Absehen von der Vorkriegsschuld ergibt sich aus dem Klausel des Friedensvertrages für Deutsch-Oesterreich eine Schuldenlast von rund 40 Milliarden. Es sollen also zwei Drittel der gesamten Schulden des Oesterreichischen Staates — ohne die Vorkriegsschuld — einem Fünftel der früheren Bevölkerung aufgebürdet werden. Die gesamten Einnahmen Deutsch-Oesterreichs, die nach dem letzten Budget 2 1/2 Milliarden betragen würden, reichen gerade hin, um die Schuldenzinsen zu bedecken, ohne daß irgend etwas für die unbedingt notwendigen Staatsausgaben übrig bliebe. Offenbar haben die Großmächte die Höhe der uns auferlegten Schuldsumme nicht gekannt, denn sonst hätten sie uns auferlegten Bedingungen nur den Sinn haben, daß die Mächte unseren Bankrott ohnehin für unvermeidlich halten und abwarten, so komme nicht mehr darauf an, wie hoch das uns zugewiesene Schuldkontingent sei. Die Note warnt vor einer solchen Auffassung und sagt, daß wir, wenn und der gerechtere auf uns entfallende Teil der Staatsschuld bestimme, in der Lage sein werden, unter sehr starker Heranziehung des ganzen Volkvermögens die Liquidierung der Schuld in gerechter Weise abzuwickeln. Die Verteilung eines Teils der uns gebührenden Schuld müßte aber einen regelmäßigen Zusammenbruch und die Auflösung der sozialen Ordnung zur Folge haben.

Diese Mantelnote ist von umfangreichen Vorschlägen zu den territorialen und politischen Fragen und deren Begründungen begleitet.

## Der Umschwung in Ungarn Rumänische Bedingungen.

Budapest, 6. August. (W. B. Nicht amtlich.) Am 5. August überreichte General Baross den ungarischen Vertretern den Entwurf eines Militärabkommens, worin das rumänische Oberkommando erklärt, auf die Befehle der ungarischen Regierung, wenn das ungarische Oberkommando seinerzeit die folgenden Bedingungen erfüllt: Ungarn hat alles auf dem Gebiete seines Landes befindliche Kriegsmaterial mit Ausnahme des Materials, das zur Ausrüstung jener bewaffneten Macht notwendig ist, die Ungarn zu erhalten berechtigt sein wird, um im Falle der Ordnung aufrechtzuerhalten, auszuliefern. Ferner sind alle ungarischen Fabriken dem rumänischen Oberkommando zu übergeben, die zur Herstellung von Ausrüstungsgegenständen und Munition dienen. Ungarn hat außerdem die für eine Armee von 800 000 Mann notwendige Ausrüstung zu liefern. An beweglichem Eisenbahnmaterial, Maschinen und sonstigen Eisenbahnmaterial hat Ungarn 50 Prozent des in seinem Besitz befindlichen Inventars an Rumänien abzutreten. Ferner sind 200 Tourenautomobile und 400 Lastautomobile in gutem, betriebsfähigem Zustande mit vollstündiger Ausrüstung abzugeben. An Maschinen und sonstigen Motoren sind 30 Prozent des Inventarbestandes abzugeben, desgleichen 30 Prozent der in Ungarn befindlichen landwirtschaftlichen Maschinen, weiter 20 000 Waggons Getreide, 10 000 Waggons Mais, sowie 6000 Waggons Getreide und Hafer. Ungarn hat alle Wasserfahrzeuge zurückzugeben, die dem rumänischen Staat, rumänischen Gesellschaften oder rumänischen Staatsbürgern gehören, vom Festland in Rumänien erbeutet wurden und jetzt in den ungarischen Gewässern zu finden sind. Ueberdies hat Ungarn 50 Prozent der sein Eigentum bildenden Wasserfahrzeuge aller Art abzugeben. Alle rumänischen Kriegsgefangenen, Weissen und Deserteure, welcher Nationalität sie auch immer angehören, sind herauszugeben. In dem Entwurf des Abkommens wird ferner die Forderung aufgestellt, daß Ungarn auf eigene Rechnung alle rumänischen Truppen erhalte, die sich zur Zeit der Unterzeichnung der Militärkonvention westlich der Theiß befinden, und zwar während der ganzen Dauer des Aufenthalts dieser Truppen in dem besetzten Gebiet. Ungarn hat Kohle zu beschaffen, die für Zwecke des Eisenbahnverkehrs und der rumänischen Behörden notwendig ist, die sich auf dem besetzten Gebiete westlich der Theiß befinden. Die königlich rumänischen Truppen werden sich erst dann über die Theiß nach Osten zurückziehen, wenn das ungarische Oberkommando alle diese Bedingungen erfüllt hat. Diese Konvention ist entweder in ihrem ganzen Umfange anzunehmen oder in ihrem ganzen Umfange abzulehnen. Infolgedessen sind Gegenanträge nicht zulässig. Die Frist für die Beantwortung der Bedingungen läuft am 15. August 1919, 10 Uhr abends, ab. Im Falle der Ablehnung der gestellten Bedingungen wird das rumänische Oberkommando ohne Rücksicht auf das Verhältnis zum bestehenden Bestand Ungarns alles Material und alle Tiere wegnehmen, die Rumänien nötig hat, um wenigstens zum Teil den Abgang zu ersetzen, den Rumänien von seinen Feinden erleidet hat, während der ganzen Zeit der Besetzung und anlässlich des Friedensschlusses von Bukarest jedes menschliche Gefühl außer Acht gelassen hat.

## Eine Kohlennot von größter Härte in Sicht.

Berlin, 6. August. Unter dem Vorsitz des Reichsministerpräsidenten Bauer fand heute vormittag in der Reichskanzlei zwischen Vertretern der beteiligten Reichs- und Staatsministerien, sowie einer Anzahl Vertreter der Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Besprechung über die Möglichkeit der Erhöhung der deutschen Steinkohlenproduktion statt. Von sämtlichen Rednern wurde auf den Ernst der Lage hingewiesen. Starke Eindrücke machten insbesondere die Ausführungen des preussischen Eisenbahnministers, der betonte, daß schon jetzt durch den großen Rückgang der Produktion eine Kohlennot herrsche, die sich zunehmend verschärfen werde, und drohe, das Verkehrswesen wie auch die Industrie lahmzulegen. Die Eisenbahn habe im Durchschnitt nur noch Vorräte für acht bis zehn Tage. Es müsse ernstlich mit der Notwendigkeit gerechnet werden, den Personenverkehr wiederum stark einzuschränken. Wenn schon jetzt die innere Kohlenversorgung Deutschlands durch die laufende Produktion unzulänglich ist, so kommt künftig als erschwerender Faktor die durch den Friedensvertrag bedingte Abgabe von Kohlen an die Entente in Betracht. Wenn auch von Seiten der Alliierten zugesichert worden ist, daß die im Friedensvertrag festgesetzte Lieferung von 40 Millionen Tonnen jährlich für Deutschland eine physisch unmögliche Leistung ist, so wird sie wahrscheinlich doch auf der Lieferung ganz erheblicher Mengen Kohlen bestehen. Deutschland ist aber verpflichtet und genötigt, diese im Friedensvertrag gebundenen Kohlenlieferungen zu erfüllen, soweit dies überhaupt in menschlichen Verhältnissen liegt. Eine Einfuhrmöglichkeit von Kohlen nach Deutschland besteht nicht, weil auch die Ententeländer in hohem Maße von einer Kohlennot betroffen sind. Auch ist nicht ersichtlich, wie eine solche Einfuhr besorgt werden könnte. Der kommende Winter wird daher Deutschland auf jeden Fall in Hinblick auf Einfuhrartikel die einschneidendsten Einschränkungen auferlegen. Er wird eine Kohlennot von größter Härte mit modernen unermesslichen Leiden und Entbehrungen für die Bevölkerung bringen.

## Eine Kohlenkonferenz in Paris.

Rotterdam, 7. Aug. Drahtlos wird aus Paris berichtet, daß der Oberste Rat der Alliierten am Dienstag über die Steinkohlenfrage beratschlagte. Vorher hörte er den Bericht des Amerikaners Hoover an, worauf die Möglichkeit einer europäischen Steinkohlenkonferenz erwogen wurde. Ueber die Beratung verlautet ferner, daß der Oberste Rat beabsichtigt, eine allgemeine europäische Steinkohlenkonferenz zu überlegen, die ein alliierter Rat für die Erzeugung und Verteilung der Steinkohlen ins Leben gerufen wurde. Dieser Steinkohlenrat soll die Förderung und Verteilung der Steinkohlen nach Möglichkeit erhöhen, namentlich in Frankreich, Belgien und Deutschland. In diesen Ländern müsse die Förderung verdoppelt werden. Der Rat wird für die Stellung von Arbeitskräften Sorge tragen, und zwar will man eine großartige Arbeitswanderung polnischer und tschechischer Arbeiter in die Lage setzen. Außer den Kohlenmengen, die Deutschland auf Grund des Friedensvertrages ausführen muß, soll für eine weitere Ausfuhr westlicher und schlesischer Kohlen gesorgt werden. In dem Steinkohlenrat werden vertreten sein: Frankreich, England, Italien, Tschechoslowakei und Polen. Amerika hat sich gemeldet, der Kommission beizutreten. Hoover war sehr pessimistisch und erklärte, daß man auf keine Kohlenausfuhr von Amerika rechnen dürfe. Die Vereinigten Staaten würden für den Winter einer Kohlenknappheit entgegensehen, wie sie noch nie dagewesen sei.

## Die Kohlennot in Amerika.

W. B. Amsterdam, 8. Aug. Das Reutersche Büro meldet aus New York, daß auf den gewöhnlichen und den Hochbahnen gestern Abend die Arbeit völlig eingestellt worden ist.

## Die Türkengrenel in Armenien.

Raum sind die Taten der deutschen Massenmörder entsetzt, wird die Kunde von den Verbrechen der türkischen Machthaber. Das Kapitel, das jetzt Dr. Johannes Lepsius im Auftrage des Auswärtigen Amtes entwirft, gehört zu den schmerzhaftesten des Weltkrieges. Während des Krieges hielten in Deutschland immer wieder Nachrichten durch über die entsetzliche Tragödie des armenischen Volkes. Die verhängnisvolle Zensur hat es stets verhindert, jede Andeutung hierüber zu unterdrücken. Den Leuten, die die Öffentlichkeit unterrichten wollten, war der Mund verstopft. Die Revolution hat auch diese Schleiher gelöst, und was Dr. Lepsius in den Akten gefunden und jetzt in einem fünfhundert Seiten starken Buch dem deutschen Volke vorlegt, zeigt, wie würdig die während des Krieges so viel geprüften Enver Pascha, Talaat und Halil ihre deutschen Gönner sind, den Ludendorff, Helfferich und Michaelis. Im „Berliner Tageblatt“ gibt Dr. Wolff eine Zusammenfassung der türkischen Verbrechen. Lassen wir die Tatsachen reden.

In der ersten Kriegsperiode sah das Komitee für Einheit und Fortschritt, aus dem alle jungtürkischen Regierungen hervorgegangen sind, den Beschluß, seine nationalen Ideen zu verwirklichen, der türkischen Rasse und dem reinen Islam die Alleinherrschaft zu sichern und zu diesem Zweck zunächst die Armenier zu „assimilieren“ oder zu vernichten, von denen es damals in der Türkei nicht ganz 1 800 000 und von denen es, wenn man die armenischen Bevölkerungsgruppen im Kaukasus, in Persien und im Ausland mitrechnet, alles in allem ungefähr 3 000 000 gab. Um die Operation einzuleiten und jeden lauten Protest vorläufig unmöglich zu machen, wurden in der Nacht zum 25. April 1915 600 führende Persönlichkeiten des armenischen Volkes, Abgeordnete, Schriftsteller, Advokaten, Geistliche und Ärzte, in Konstantinopel verhaftet, irgendwohin ins Land geschleppt und dann umgebracht. Vorher hatte in Van ein sogenannter Armenieraufstand stattgefunden, der in Wahrheit gar kein Aufstand, sondern ein Akt heroischer Verteidigung und durch die vom Wali Djesdet bei einem Schwager Enver Paschas, verübten Morde und offenkundig betriebenen Hochverbrechen verursacht worden war. Nachdem die Enver-Bande sich durch diese provozierenden Kämpfe den Vorwand zu angeblich militärisch notwendigen „Sicherungsmaßnahmen“ verschafft hatte, begann die „Deportation“, begann die Abschlachtung. Tausende die Wägen von allen Seiten her das unglücklichste Volk unter tierisch erzwungenen Qualen ins Grab. Die armenischen Männer, Frauen und Kinder wurden überall, nachdem man ihnen den gesamten Besitz genommen hatte, aus ihren Wohnstätten herausgetrieben, von erbarmungslosen Helfern und Eskorten bis zum Wüstenrand, wo die „Konzentrationslager“ waren, gepfercht. „Die Männer wurden von Frauen und Kindern getrennt, abseits geführt und getötet, die jüngeren Frauen und Mädchen, auch Kinder, in türkische Harem und turkische Dörfer verkauft und verschleppt.“

Am 18. Juni meldet der Leiter des deutschen Konsulats in Erzerum der Volkszeitung in Konstantinopel mit den Worten: „In Anbetracht der ausgewiesenen Armenier auf dem Wege über Erzerum nach Charput“ die erste Mchesei. Kurden und Regierungstruppen der 88. Kavalleriebrigade hatten unter Führung ihrer Offiziere an vier Tagen 20 000 bis 25 000 Frauen und Kinder in der Kamachschlacht, ganz nahe beim Kommando des 3. Armeekorps, ermordet. Das war nur ein kleiner Anfang, die Ziffern liegen zu hoch, ganz anderen Höhen an. Am 18. Oktober beispielsweise meldete das deutsche Konsulat aus Aleppo, daß bei Hadju und Kama 40 000 Vertriebene konzentriert, zur „Anhebelung“ nach Süden 300 000 weitergejagt worden seien, und das Konsulat fügte hinzu: „Allgemeine Ueberzeugung ist, daß sämtliche Verhafteten dem Tode verfallen.“

In den Konzentrationslagern am Wüstenrande kamen diejenigen, die hingerichtet waren, in Hungertämpfen um. Vertilgungsbanden machen die Kunde, um alle, die zu entweichen versuchen, selbstzunehmen und mit der Krone zu bestrafen, berichtet ein neutraler Augenzeuge, der bis zu dieser Höhe vorgegangen war. Mitleidige türkische Beamte, die wenigstens mildern wollten, wurden abgelehnt. Deutschen, Amerikanern und Schweizern wurde jeder Versuch, Hilfe zu bringen, untersagt. „Ich bezeugte“, erzählt der neutrale Augenzeuge, „in den Wüsten, an verschiedenen Orten, sechs solcher Flüchtlingslager, die im Sterben lagen. Sie waren ihren Wärdern eingeschloffen. Nun waren sie von ausgehungerten Hunden umgeben, die auf die letzten Zustände ihres Todeskampfes warteten, um sich auf sie zu stürzen und sie zu verzehren. Ueberall findet man dieselbe unermessliche Bestialität der Hente, dieselben Torturen, mit denen man die unglücklichen Opfer quält. Eine entsetzliche Dysenterie wütet und fordert besonders unter den Kindern schreckliche Opfer. Diese unglücklichen Kleinen fallen in ihrem Hunger über alles her, was sie finden, sie essen Gras, Erde und selbst Exkremente... Wenn man noch mehr will — die fünfhundert Seiten sind voll davon. Auf türkischem Boden wurden, nach den bisherigen Schätzungen, ungefähr eine Million Menschenwesen so in unsagbarer Schrecklichkeit vernichtet und dazu noch hunderttausend im Kaukasus.“

Im Ausland fand diese Schreckenstabelle längst bekannt, daß die deutsche Presse ärgernis erregt, ist schuld, wenn unter Volk mitverantwortlich gemacht wird für die Ermordung des armenischen Volkes. Dr. Lepsius stellt jedoch fest, daß die deutschen Reichsminister in Konstantinopel und deutsche Generäle alles veranlaßten, was in ihrer Macht stand, um dem Norden Einhalt zu gebieten. O. d. Goltz hatte sogar telegraphisch seine Abberufung erbeten, als ihm bekannt wurde, daß in Mesopotamien Armenier deportiert werden sollten.

Die systematische Wiederholung der aus ihren Wohnstätten betriebenen armenischen Bevölkerung, berichtete am 12. August 1915 der stellvertretende Konsul Dr. Köhler in Jangiburg

enden  
5191  
tag, den 9. Au  
8 Uhr, findet  
sten Brauer  
ieder-  
ammlung  
5488  
den wir unsere  
zu zahlreich  
nicht ein.  
er Vorstand.  
ng = Verein  
tum.  
Gefanges ein,  
nachmittags  
itung des Herrn  
en  
Karlsruhe, Herr  
er Opernleiter  
Gesang-Verein  
riegswaffen der  
Eintritt  
5458  
nshaus  
ihelstr. 34.  
M 13.75 an  
M 16.75 an  
M 34.75 an  
M 95. — an  
M 114. — an  
M 140. — an  
rdtbad.  
alle.  
Bertrag von  
2 1/2 - 4 1/2 Uhr,  
mit Ausnahme  
Bertrags vor-  
nachmittags  
nur bis 6 Uhr  
1 bis abends  
öffnen. 4597  
Blasen.  
beiter.  
Schloffer 30,90  
35. Der mod.  
15.15. Der  
Der Schmiede-  
Gewinde 6,45.  
Schloffer 6,50.  
Drehmaschinen  
44. Ratgeber  
17,85. Gips-  
11,55.  
15. Ber.  
15.15. Der  
4,95.  
4,95. Das  
90. Sanddach  
obellbau 8,25.  
mod. Zeiger u.  
75. Der prakt.  
20. Die Wied-  
10,75. Metall-  
Der Kupfer-  
Der Wasser-  
eranlagen 9,90.  
17,20. Anler-  
elektr. Be-  
Kraftanlagen  
darfstrom 4,70.  
ule d. Elektro-  
Starstrom-  
11.  
elektroantrieb  
Der Kino-  
Berstätten-  
4,70.  
7,15. Fremd-  
Rechen 5,78.  
Ton u. seine  
der gebunden  
15.  
13,35. Gegen  
buchhandlung,  
4975

dem Reichskanzler, hatte in den letzten Wochen einen derartigen Umfang angenommen, daß eine erneute eindringliche Vorstellung unseinerseits gegen dieses wilde Treiben, das die Regierung nicht nur duldet, sondern offensichtlich fördert, geboten schien. Aber die Proteste und „Memoranden“, die man den türkischen Ministern überreichte, wurden entweder gar nicht oder erst nach vielen Wochen beantwortet, und über alle mündlichen, schriftlichen und telegraphischen Vorwürfe schaltete sich Talaat, Enver und die drei anderen Herren hinweg. Talaat, Enver und Cauder logen das Blaue vom Himmel herunter und die Volkskraft berichtete dann nach Berlin, sie hätte zwar jedes, jedes Wort dieser Leute für Schwindel, glaube an keine Versprechungen, sei aber zur Ohnmacht verdammt. Als die Deportationen und Verhaftungen begannen, hatte Bulgarien sich den Mittelmächten noch nicht angeschlossen, die Türkei war isoliert, Deutschland hatte auf türkischen Boden nur 75 Offiziere und 150 Mann. Die türkische Regierung sah bei dieser Lage der Dinge Deutschland als einen abhängigen Almosensempfänger an. Und später noch verbittet sich die türkische Regierung die deutsche Einmischung in einer Sprache, durch die es fortwährend hindurchklingelt: „Wenn es euch nicht paßt, so geht!“

Erst nach dem Vorkauf der Metternich der deutschen Regierung den Rat, „nachdem Proteste nichts nützen, durch die Presse einen Druck auf die Türkei auszuüben“. Dies bereitete die glückliche Genie.

Entscheidend sind die Einzelheiten, die in dem Buche von Lepsius geschildert werden, und der wahre Grund zu dem Ausrottungskrieg der türkischen Verbrecher, die Sabaler. Die Schuldigen und ihre Kreaturen haben eine Million konfiszierter armenischer Nationalvermögen einsteckeln lassen. Die Sabaler und Enver, Talaat und Enver in Konstantinopel zum Tode verurteilt. Die Sabaler sind jedoch erschossen. Wir wollen hoffen, daß sie dem Galgen nicht entgehen, der auf sie und ihre deutschen Verwandten wartet.

### Zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes.

Nr. 2.

Vermerke des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Sinsge über Besprechungen mit General Ludendorff im Juli und August 1918\*.)

\*) Diese Aufzeichnungen hat Herr v. Sinsge im Frühjahr 1919 zu den Akten des Auswärtigen Amtes gegeben.

Mitte Juli 1918, vor Antritt des Postens des Staatssekretärs, hatte ich in Avesnes General Ludendorff die förmliche und bestimmte gefasste Frage vorgelegt, ob er sicher wäre, mit der jetzigen Offensivstrategie den Feind endgültig und entscheidend zu besiegen? General Ludendorff hatte meine Frage wiederholt und darauf erklärt: „Darauf antworte ich mit einem bestimmten Ja!“

Vor der Besprechung zu vieren zwischen dem Reichskanzler, dem Generalfeldmarschall, General Ludendorff und mir — ich glaube am 18. August — hat mich General Ludendorff allein beiseite genommen und mir eröffnet, er habe mir im Juli gesagt: er sei sicher, mit der im Gang befindlichen Offensive den Krieg zu gewinnen und ihn zum Frieden zu nötigen; diese Sicherheit habe er jetzt nicht mehr. Auf meine Frage, wie er sich die Weiterführung des Krieges denke, hat General Ludendorff geantwortet, wir würden durch eine strategische Defensive imstande sein, den Kriegswillen des Feindes zu lähmen und ihn so mächtig zum Frieden zu bringen.

Nr. 3.

### Sitzung des königlichen Staatsministeriums.

Augsburg\*\*)

\*\* Der Auszug befindet sich so, wie hier wiedergegeben, in den Akten des Auswärtigen Amtes.

Berlin, den 3. September 1918.

In der heutigen Sitzung des königlichen Staatsministeriums wurde folgendes verhandelt:

Der Ministerpräsident erörterte die gegenwärtige politische Lage, welche eng mit der derzeitigen militärischen Lage verknüpft sei. An leitender Stelle stehe der Wunsch, daß jeder gangbare Weg betreten werden müsse, der zu einer Verständigung mit dem Feinde führen könne. Ein Friedensangebot könne und dürfe nicht gemacht werden, das würde von unseren Feinden doch nur scheinbar abgewiesen werden, dagegen müßten Fäden angeknüpft werden, und es müsse jede Gelegenheit wahrgenommen werden, die zum Ziele führen könnte, möglichst durch neutrale oder sonst geeignete Persönlichkeiten. Man müsse etwa zum Feinde sagen: „Ihr seht, ihr könnt uns nicht besiegen, Deutschland wird seine Existenzberechtigung und seinen Platz an der Sonne in dem ihm auferzwungenen

Verwicklungsstadium zweifellos siegreich behaupten, aber wir sind stets bereit, wie das schon wiederholt und nachdrücklich von der deutschen Regierung betont worden ist, einen ehrenhaften Frieden abzuschließen.“ Ueber die einzelnen dabei aufzufassenden Forderungen des Kaisers ein genaues Programm in aufgestellt werden. Diese Forderungen dargelegte Stellungnahme sei in Besprechungen festgelegt, die in Spa unter dem Vorsitz des Kaisers stattgefunden hätten, an denen außer den Generalen von Hindenburg und Ludendorff auch unter allen Beteiligten teilgenommen, und in deren eine völlige Einigung erzielt worden sei. Es sei ihm zwar gelungen, einen solchen vorläufigen Schritt zurückzuhalten, aber dahingehende Wünsche würden jetzt wieder immer energischer in Oesterreich-Ungarn vertreten. Der Staatssekretär v. Sinsge sei gerade aus diesem Grunde jetzt nach Wien gereist und könne daher an der heutigen Verhandlung zu seinem eigenen Leidwesen nicht teilnehmen.

Auch bei uns im Lande sei die Stimmung gegenwärtig zweifellos schlecht, und deshalb müßten auch wir ernstlich den Versuch machen, mit Ehren aus dem Kriege herauszukommen. Ueber die Frage, wie der gegenwärtigen schlechten Stimmung, die durch die militärische Lage an sich nicht begründet sei, mit Erfolg entgegengetreten werden könne, sei in Spa bei den erwähnten Besprechungen verhandelt. Es komme darauf an, das Vertrauen der Bevölkerung wieder zu heben und die übliche Wechselwirkung zwischen Front und Heimat, die überall zu beobachten sei, zu paralysieren. Eine entsprechende Organisation, die eine dahingehende Propaganda im Inlande und im Auslande betreiben sollte, sei dem Auswärtigen Amt angegliedert und dem Staatssekretär von Sinsge unterstellt. Sie sei bereits in Tätigkeit getreten und habe auch schon einige günstige Wirkungen erzielt.

Dr. Heinrichs.

(Fortsetzung folgt.)

### Internationaler Sozialistenkongress.

Genève, 7. Aug. Die gestern angenommenen provisorischen Statuten berücksichtigen folgende Gesichtspunkte und Ziele:

1. Politische und wirtschaftliche Organisationen der Arbeiterklasse zur Erwerbung der politischen Macht und Sozialisierung der Produktion und der Austauschmittel durch Erfassung des kapitalistischen Systems durch die sozialistische und kommunistische Gesellschaft.
2. Internationale Einheit und Aktion für die Organisation des wahren Völkerverbundes, Kampf gegen Chauvinismus und Imperialismus, allgemeine Abschaffung des Militarismus und der Kämpfungen.
3. Vereinigung der Interessen aller unterdrückten Völker.
4. Zusammenfassung aller politischen Kräfte der Genossenschaften und Gewerkschaften, die weiter als autonome Körperorganisation betrachtet werden, um gemeinsam im internationalistischen und revolutionären Geiste zur Erhaltung des Weltfriedens vorzugehen.

Da die erste Kommission den Bericht über die allgemeine politische Lage nicht beraten konnte, beginnt die Konferenz mit ihrer ersten Vollversammlung mit der Beratung der von der zweiten Kommission vorgelegten neuen Statuten.

Widgen (Holland) erklärte Bericht und sagte u. a.: Die Kommission war der Ansicht, daß den politisch verschiedenen Verhältnissen der einzelnen Länder durch gemeinsame Formulierung Rechnung getragen werden müsse. Sie sprach daher in ihrem Entwurf nur von den allgemeinen Zielen der politischen und sozialen Sammlung der Arbeiterklasse zur Erwerbung der politischen Macht und zur Sozialisierung der Produktion und der Austauschmittel. Neben der politischen und wirtschaftlichen Organisation der gesamten Arbeiterklasse war für die Kommission das Bekenntnis zum wahren Völkerverbund, zur Bekämpfung des Chauvinismus und Imperialismus, sowie zur allgemeinen gleichzeitigen Abschaffung des Militarismus und der Kämpfungen, ferner der Schutz aller unterdrückten Völker und Massen an wichtigste. Den wichtigsten Grundgedanken der provisorischen Statuten sah der Redner in der Zusammenfassung der politischen Genossenschaften und gewerkschaftlichen Kräfte der Arbeiterbewegung, die durch ihren Einfluß in den verschiedenen Ländern die internationale Geschlossenheit festlegen soll. Da ganz besonders die Genossenschaftsform der Betriebe einer großen Entwicklung entgegengehe, müsse sie heute schon der internationalen Aktion angeschlossen werden. Mit diesen drei Formen sei aber nicht ausgeschlossen, daß noch weitere Geschlossenheitsformen für die Internationale berufen würden, z. B. möglicherweise Arbeiterräte.

Zu den Statuten selbst erklärte Widgen, daß man die alte Internationale weiterleben und sie nicht nur in eine neue

Form zusammenfassen sollte. Gewiß habe die Internationale in den letzten Jahren immer gelitten, aber der sozialistische Einfluß sei in verschiedenen Ländern reichlich gewachsen, so daß man damit rechnen konnte, daß auf dem nächsten Kongress nicht nur Vertreter der sozialistischen Kampforganisationen, sondern auch solche, die bereits auf ihre Regierungen großen Einfluß ausübten, anwesend sein werden. Es sei eine rein technische Aufgabe, die Macht des Proletariats aller Länder immer mehr in der Internationale zusammenzubringen. Grundsätzlich bleibt dabei bestehen, daß die Internationale durch die nationalen Sektionen gebildet werde. Diese müßten die durch die politischen Verhältnisse ihres Landes bedingte Handlungsfreiheit gegenüber Regierungen haben.

Luzein, 6. Aug. In der Nachmittagsitzung der internationalen sozialistischen Konferenz wurde von Seiten Gripsien (D. U. S.) und Trotskij (Frankreich) eine Reihe grundsätzlicher Vorbehalte gemacht, die sich im wesentlichen auf eine stärkere Betonung des revolutionären Charakters der Internationale und auf eine bessere Bewertung der revolutionären Errungenschaften auf dem Gebiete der Sozialisierung bezogen. Gripsien verlangte eine Berücksichtigung des Rätesystems, das von einer wahren Internationale unbedingt anerkannt werden müsse. Molkenbühr (D. S. L.) führte aus, die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie zeige, daß man trotz eines vielfach angelegentlich Programms Einheit in der Aktion und damit einen vollen Erfolg erzielen könne. In der Gegenwart ließe alles im Wandel. Auch die sozialistischen Grundzüge. Die Einheit der Internationale müsse geschaffen werden. Sie könne u. a. von dem Kampfe gegen den Versailles Frieden ausgehen, der die Kriegserklärung des Kapitalismus und Imperialismus an das internationale Proletariat bedeute. Die Organisation und die Zusammenführung der Sozialisten aller Länder könne durch keine Mängel in den Methoden nicht gehindert werden. Vandervelde (Belgien) billigte den Text der Kommission, machte aber einen starken Vorbehalt gegen Wiktral und Gripsien und verwies die Diskatur des Proletariats. Die Statuten wurden alsdann angenommen.

### Badische Politik.

#### Die ungenügende Kohlenversorgung.

Am Dienstag fand im Ministerium des Innern eine Besprechung der Vertreter des Ministeriums des Innern und der Vertreter aus den Kreisen der Industrie und des Handels mit dem Vertreter des Reichsstatistikamts, Generaldirektor Koengeler aus Berlin über die Kohlenversorgung statt. Hierbei wurden sowohl von den Vertretern des Ministeriums, wie der übrigen Behörden mit Entschiedenheit die Wünsche der berechtigten Forderungen der Bad. Regierung wegen vermehrter und gesicherter Versorgung des Landes mit Kohlen zur Kenntnis gebracht. Die Verhandlungen werden demnächst in Berlin fortgesetzt. Ferner fand in Mannheim eine Besprechung mit den für die Kohlenversorgung zuständigen Stellen des Landes und der Vertreter der Industrie über die schwierige Kohlenversorgung statt. Eine amtliche Notiz über diese Besprechung führt aus, es habe den Anschein, als ob die Verteilung der Kohlen auf die Industrie nicht gleichmäßig entsprechend den anerkannten Bedürfnissen erfolge. Es werden deshalb zwei Vertreter der Regierung nach Berlin und nach dem Kohlenvertrieb entsendet werden, um hier mit allem Nachdruck auf eine vermehrte Lieferung Badens hinzuwirken.

Die Theorie und Praxis bei den Unabhängigen. Ein Vorkandidat der U.S.P.-Baden-Baden, Herr Lutz, ist der Ansicht, daß Herr Lutz auch als Arbeitgeber seine Grundzüge hoch hält und den bürgerlichen Arbeitgebern mit angemessenem Beispiel vorangeht, wenn es sich um Behandlung der Angestellten und handelt. Trotzdem fühlte sich der Zentralverband Baden-Baden veranlaßt, von Herrn Lutz Rechenschaft zu fordern, wie es mit dem Achthundentag in seinem Geschäft stehe. Darauf erklärte der radikale Herr Lutz, er sei prinzipiell nicht daran hindere, den Achthundentag einzuführen, wenn er seinen Loden auch länger offen habe. Das ist also ein ganz unkontrollierbarer Zustand, ganz abgesehen davon, daß Herr Lutz dadurch auch die Konkurrenz zwingt, die Gelder länger offen zu halten und somit der Durchführung des Achthundentages entgegenzuarbeiten. Da ja, Theorie und Praxis sind eben zwei grundverschiedene Dinge bei den Unabhängigen.

### Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

41 Nachdruck verboten.

Da öffnete sich das niedrige Fenster: „He, Stron!“ Der Stron glogte nach oben mit offenem Munde. Im Nachhinein, der aus der Stube fiel, schwenkte ein Arm eine glatte „He, Kopf hintenüber, Maul auf! Sollst auch was abbekommen Aufgepaßt!“

Der Nachwächter rief den jahnelosen Mund auf und streckte gierig die Zunge aus.

Von oben herunter gah jetzt eine Sekrause, aber sie traf nicht ins gedörrte Tor; auf die Pfastersteine unterm Fenster plätscherte sie.

Da kniete der alte Mann nieder und setzte.

Oben waren sie jetzt alle des süßen Weines voll. Die Götter lächelten sinnlos. Von Stufe hatte sie heimlich mit ihren langen Fingern umeinander gefunden; nun hieß er sie aufstehen, und sie rissen sich freudig zu Boden.

In diesem Augenblick öffnete sich die Tür. Auf der Schwelle stand der junge gnädige Herr, im eleganten Nachhemd, nur die Sohlen an. Sein Knabengesicht blickte mit weitaufergeren Augen.

„Mia krat!“ Der Inspektor taumelte auf, um hastig die Rampe zu verlassen.

Aber Stasia hatte nach Befimmung gemau: „s was ja mit Van Volef, das machte nichts.“

Und sie sprang auf den jungen Mädchen zu, sah sie ihm um den Hals und sog ihn vollends in die Stube.

Der Tag graute, frohig und nüchtern. Wie Opfer der Seetralne über Bord, beugten die Götter ihre Köpfe über die Fensterbrüstung. Drinnen auch ein Bild der Verwirrung, Fluchen und Schissen und Ueberreite am Boden, schwarze Zigarettenrauch in der Luft, gemischt mit dem Duft der Weintrauben.

Geinloch sah Herr Volesko auf dem Ledersofa zwischen Stasia und Herrn Sautz. Vergebens pries der Inspektor hallend einen kräftigen Schnaps an. Der junge Herr schüttelte verneinend den Kopf, wie zerbrochen hing er in des Mädchens Armen. Auch Stasia war jetzt kreischlich, aber durch ihr un-

nobeltes Gehirn schon noch ein Gedanke: der junge Herr mußte zu Bett — fort — zu Bett! Sie rüttelte ihn, er fiel ihr weinend um den Hals.

Drinnen erlöste plötzlich ein donnerndes Rollen am hölzernen Hofor — Rortenschlag — Schiffsstrecken —, jögernd machte der Stron auf. Ein Wagen fuhr ein.

Jetzt gellte ein Heulen an der Klingel — noch einmal — ein Rufen wurde es, ein unangenehmes. Das kam aus dem Zimmer der Herrin!

„He, Stasia, pfl!“ Der Nachwächter rief untern Fenster. „Sich Van Doktor gekommen für gnädige Frau! Stasia, he, mi!“

„Aha, sie wurde verlamt! Aus aller Gewohnheit taumelte Stasia auf. Der Anabe enthielt ihren Armen, sie ließ ihn fallen. Ueber ihn weg stieg sie und stolperte zur Tür.

Über weit kam auch sie nicht. Vor ihr wühlte — sie wußte gar nichts mehr — mochte die läuten, läuten, läuten! In einem Winkel des Ganges sank sie hin.

9.

Doktor Wolinski in Mafestzo war nicht zu Hause gewesen, als der Wagen gekommen war, ihn nach Chwaliborzcyce zu holen. Da hatte sich der Anabe, auf dem Doktor wartend, in die Schenke gesetzt, durch deren Wägenritzen noch Licht schimmerte; der Schenkwirt neben ihm Schüssel hatte auch eine Bäckerei, darum kimmerte ihn die Polizeiverordnung nicht, denn wer konnte wissen, ob er Brot buk oder Schnaps kochte?

Doktor Wolinski war nach Wocicho-Dorf gefahren. „Spah, hab' ich ne Fahrt gehabt“, hatte ihm Schenkel, der ihn ruhen gelassen, gemurmelt und die Hände hoch erhoben. Er hatte es mit der Götta sehr geschicklich gemacht. Nebenbei interessierte den Arzt dieser Fall noch ganz besonders — wie, ein politisches Weib, angeklungen von einem deutschen Herrn? Die junge Frau Wolinski, die, in Nachtschleife und Nachhaube, sich mit den Chwaliborzcyce Knäcker mit der Verführung trübete, der Herr Doktor käme nun bald, wurde ihnen gestrahlt.

Als Wolinski in seinem, vom Vorgänger übernommenen alten Knäckerwagen von der Götta zurückgefahren kam, war er an der Praxise aufgehoben worden. Der junge

Wikar war unbedeckten Hauptes herangestiegen und hatte ihn gebeten, doch einmal einzutreten. Und Wolinski war gert gefolgt; die Nacht war rau, ein Glas Ungar würde erwärmen — und überdies drängte es ihn zu einer Ausdrache. Mit der Götta sprach er weiter nicht geschicklich — bei richtiger Behandlung würde die Ladung geistlos im Gefäß feinerlei nachträgliche Folgen haben — aber war die ganze Sache nicht doch empörend und tief betrübend? Armes volnisches Volk, fränkischer Ausartung, fremdherrlichem Uebermut ausgesetzt! Diese Sache mußte in die Retungen. Eine genaue Schilderung mußte gegeben werden. Das arme Weib! Nun lag es darnieder, nicht in stunde, keiner Arbeit nachzugehen; infolge dessen war die Götta kalt und kein Laberum da für die dürftigen Lippen!

Der Doktor erregte sich sehr; leidenschaftlich bestien seine Lippen: nein, dieser Notzweifel durfte nicht ungeschört verfallen! Piotr Stachowicz, der Probst, hörte zu mit roten Kopfe. Er vergaß dabei nicht, sich einzukünnen. Sitzend rief er sich ab und zu die mit Flanellbinden bedeckten Beine. Au, wie das bohrte und rief und stach! Jede Aufregung mußte er hüßen. Mit Fletern war ihm, noch in seinem besten Nachmittagskleid, die Köchin in die Stube getrieben; und einen Zusammenlauf hatte es auf der Gasse gegeben, daß man hätte meinen können, das Dorf brenne.

(Fortsetzung folgt.)

### Literatur.

Zur Kritik der freien Wirtschaft. Eine neuzeitliche Begründung der Sozialisierung nach Ingenieur Dr. Alfred Stiehm er. Verlag der Buchhandlung Vorwärts. Preis 1 M. Diese Schrift wendet sich insbesondere an die Industrie- und Gewerkschaften und will ihr das gewaltige Problem der Umstellung unserer freien Wirtschaft in die Gemeinwirtschaft klarlegen. Der Verfasser führt den Leser von der Zukunft zum kapitalistischen Sozialismus und erläutert das Wesen der Genossenschaft. Er will die Unternehmerpersönlichkeiten als Organisatoren in den Dienst der Allgemeinheit stellen und an Stelle der Verstaatlichung und Verstaatlichung die gemeinwirtschaftliche Unternehmung treten lassen, in der alle vorhandenen Kräfte und Produktionsmittel zu voller Nutzung gelangen können. Der Preisstreit zwischen Produzenten und Konsumenten soll der Verständigung Raum machen im Interesse einer höheren Wirtschaftlichkeit und zum Zwecke der Steigerung und Festigung der Gütererzeugung.

**Forderungen und Wünsche der Eisenbahner.** Am Dienstag, den 5. August fand im Finanzministerium unter dem Vorsitz des Finanzministers eine Sitzung mit den Vertretern des Reichlichen Eisenbahnerverbandes und des Verbandes des deutschen Verkehrspersonals. Von beiden Seiten wurden Forderungen und Wünsche in den Verhandlungen hinsichtlich des Tarifvertrags und einer Reform der Feuerungsbeihilfen. Der Finanzminister erklärte, daß das Finanzministerium bereit sei, mit den Arbeiterorganisationen in Verhandlungen einzutreten. Zu der zweiten Forderung wurde von einer Seite der Antrag gestellt, den Arbeitern eine Erhöhung ihrer Pension von 3 M im Jahr gewünscht. Von anderer Seite wurde eine Erhöhung um 1800 M im Jahre gewünscht. Die Organisationen selbst lehnten ihren Antrag dahin ab, daß in der Wirkung einer Abänderung der Feuerungsbeihilfe eine nennenswerte Erhöhung des Lohnes erzielt werden sollte. Der Finanzminister machte die Organisationen auf die großen Konventionen über Forderungen aufmerksam. Er berechnete den Mehraufwand der Forderung einer jährlichen Anlage von 3 M auf mindestens 60 Millionen Mark für alle staatlichen Beamten und Arbeiter. Die Forderung mit einer jährlichen Zulage würde das Doppelte erfordern. Der Finanzminister ver sprach den Arbeiterorganisationen, ihre Wünsche dem Staatsministerium zu unterbreiten. Am selben Tage fand noch die Sitzung des Staatsministeriums statt. Das Finanzministerium wurde ermächtigt, über § 6 Abs. 3 Verhandlungen zu eröffnen, aber unter dem Vorbehalt, daß der Reichstag bei seinem Wiedereintritt ermächtigt über die dauernde Befreiung des Grundbesitzes der Entlassenen nach dem Lebensalter für alle bei der Eisenbahn beschäftigten Arbeiter zu entscheiden habe. Alle weiteren Verhandlungen wurden dem Staatsministerium abgeben. Außerdem kann das Staatsministerium eine beschleunigte Vorlage an den Reichstag nicht in Aussicht stellen.

### Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 7. August.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um 4.20 Uhr. Die Anwesenheit von Frau Abgeordnete von Gien (Str.) betr. Entlassung der Frauen bei der wirtschaftlichen Demobilisierung wird von der Regierung später beantwortet werden.

Es folgt zweite Beratung des Gesetzentwurfs über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919.

Der grundlegende Paragraph, demzufolge die einzelnen Personen für das Jahr 1919 eine außerordentliche Kriegsabgabe von ihrem Einkommen zu entrichten haben, wird ohne Erörterung angenommen. Ebenso die §§ 2-12.

§ 13 legt die Steuerlast fest. Reichsfinanzminister Erzberger bittet, den Ausschußbeschlüssen zu folgen.

Die Sätze des § 28 werden unbeschadet angenommen. Dazu erlangt ein sozialdemokratischer Antrag eine Erweiterung und eine Erhöhung der Sätze.

Abg. Dörne (Soz.) begründet den Antrag: Das Reich braucht Geld, und das Geld muß in der Form von Steuern abgenommen werden, braucht von der Masse der Bevölkerung nicht aufgebracht werden.

Abg. Becker (D.D.): Die Steuer trifft nicht nur die Schieber, sondern auch die ehrlichen Geschäftleute. Die Steuer bedeutet schon auf Grund der beschlossenen Sätze eine Entwertung, die die Grenze des wirtschaftlich Möglichen überschreitet. Unter keinen Umständen darf darüber hinausgegangen werden.

Abg. Wurm (L.S.): Nach diesem elenden Kriege hat keiner mehr ein Anrecht, aus dem Kriege noch ein Verrechnungsmonopol zu ziehen. Diese Maßnahmen müssen bis auf den letzten Pfennig weggeleiert werden.

Abg. Dr. Meis (Str.): Ich wäre auch durchaus für hohe Sätze, wenn zwei Bedingungen erfüllt werden, eine genaue Durchsetzung des Gesetzes und die Prüfung der persönlichen Verhältnisse der Abgabepflichtigen.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt und § 13 in der Ausschlußfassung angenommen.

Ebenso werden die §§ 16-19 nach erheblicher Debatte in der Ausschlußfassung angenommen. § 20 befragt: Sind die Geschäftsgewinne der Kriegsjahre im Gesamtvergleich mit den entsprechenden Beträgen des Friedensjahres zurückzuführen, so darf der Mindergewinn von dem Mehrgewinn des fünften Kriegsjahres abgezogen werden.

Abg. Schäfflich (Soz.) befragt: Die Streichung des § 20, § 20 wird unbeschadet angenommen. Bei § 24, der die Abgaben für inländische Gesellschaften auf fast 20 Proz. des Mehrgewinnes festsetzt, bei dem inbesondere eine Reihe Ermäßigungen statuiert werden, werden sozialdemokratische und unabhängige Anträge eingebracht, die auf Befreiung eines Teiles dieser Ermäßigungen abzielen.

Die Anträge für eine Ermäßigung werden abgelehnt. hagen wird ein Antrag bei der event. Ersetzung der Kriegsabgaben von Gesellschaften, die von ihnen erlegten Kirchensteuern nicht mit in Rechnung zu stellen, angenommen.

Zu § 26, Abgabe für ausländische Gesellschaften, stellen die Sozialdemokraten den gleichen Antrag wie zu § 24.

Reichsfinanzminister Erzberger bittet, am Ausschlußbeschlüssen festzuhalten. Die Sätze des § 28 werden unbeschadet gelassen. § 28 bis 30 enthalten gemeinsame Vorschriften. Auf Antrag Erzbergers wird dem § 33 ein Absatz hinzugefügt, der den Genossenschaften die Abholung von Kriegsanleihen erleichtern soll.

Reichsfinanzminister Erzberger: Die Regierung ist entschlossen, alles zu tun, um den Genossenschaften bei der Abholung der Kriegsanleihe zu Hilfe zu kommen.

Auch die Schlussvorschriften des Entwurfs gelangen zur Annahme. Damit ist die zweite Lesung der Vorlage beendet. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs.

Der Bericht erstattet Abg. Wohmann (Dem.). Abg. Dr. Meier (D.D.): Keine Partei und keine Fraktion wird sich der Pflicht entziehen, dem Reich in seiner schweren Notlage das Notwendige zu geben. Wichtig darüber geht der Streit, wie weit man die Grenzen der Besteuerung mit Rücksicht auf die Fortdauer und die Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft abheben will.

Reichsfinanzminister Erzberger teilt mit, daß die von mehreren Seiten verlangten Tabellen über die verschiedenen Steuern der Steuerkommission bereits überreicht sind und morgen dem Hause zugehen können.

§ 6 bestimmt, welche Beträge von dem zu versteuernden Vermögenszuwachs abzuziehen sind. Ein Antrag Göttsche (Dem.) lehnt den Abzug einer Summe vor, die im Todesfalle des sonst Abgabepflichtigen an die Familie gekommen ist. Ein Antrag Wurm will die Bestimmungen über Kirchensteuer streichen.

Abg. Dr. Göttsche (Dem.): Der Antrag, von Wüttemberg mehrere Parteien unterzeichnet, entspricht nur der Billigkeit.

Abg. Wurm (Soz.): Die Kirche darf keine Vorrechte haben. Abg. Dr. Wurm (D.D.): Die Bestimmung ist ein unabweisbares Bedürfnis für die Religionsgesellschaften. Zur Wiederbelebung des gesamten Volkslebens bedürfen wir deren Mitarbeit dringend, wenn überhaupt von innen heraus neu aufgebaut werden soll.

Reichsfinanzminister Erzberger: Die Abgabemöglichkeit bedeutet kein Vorrecht der Kirche, sondern ein solches der Steuerzahler. Der Antrag Wurm wird abgelehnt, § 6 mit dem Antrag Göttsche angenommen. § 8 wird unter Ablehnung sozialdemokratischer Anträge angenommen. Die §§ 9 bis 14 werden ohne Aussprache angenommen. § 15 wird unter Ablehnung eines sozialdemokratischen und eines Antrages der Unabhängigen, die für eine Einschränkung bzw. Streichung von Erleichterungsbestimmungen in der Ausdehnung angenommen.

Zu § 16, der die Zurechnung der Kriegsabgaben enthält, beantragen ein unabhängiger und ein sozialdemokratischer Antrag, die Kriegsabgabe erheblich zu vermindern. Die beiden Anträge wurden abgelehnt. § 16 gelangt in der Ausschlußfassung zur Annahme. Die §§ 17 bis 23 werden ohne Aussprache angenommen. Zu § 24 wird ein Antrag Göttsche (Str.) angenommen, wonach der Steuerpflichtige im Falle der Veräußerung der Grundstücke die Entscheidung des Reichsfinanzhofes anrufen kann. Nach § 28 kann bei wesentlich soliden Angaben auf Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Abg. Straetius (Soz.) beantragt, die „Kampferliste“ in eine „Musterliste“ umzuwandeln. Nach Mitteilung eines Sachverständigen seien kein 10 Proz. der Steuererklärungen richtig. Abg. Dörne tritt der Behauptung entgegen. Eine leichtfertige und die Ehre des deutschen Bürgertums schwerer treffende Behauptung könne überhaupt nicht aufgestellt werden. § 28 wird unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages unbeschadet angenommen. Der Rest der Vorlage wird unbeschadet angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung: Freitag nachmittags 3 1/2 Uhr. Anträge, Ergänzung zum Vollzugsgebot usw. Beginn der Sitzung 7 Uhr.

### Ueber Polen

schreibt der „Kornarier“: „In ganz Polen herrscht ein gewaltiges Diebstahlwetter. Die nächsten Wochen können den Schladachischen, den polnischen Großgrundbesitzern und der hohen Geistlichkeit als den letzten Herren der neuen Republik, ihre Lebererbschaften bringen. Auch die Allgäu liegen in Paris und London mögen aufpassen; es geht hier noch an, was sich in Polen vorbereitend!“

Wir der bedenklichen Empörung unter dem Militär ist es aber noch nicht genug; die Bevölkerung wird auch durch andere Maßnahmen aufgeleitet. So sind neuerdings die Bestimmungen wesentlich verändertes worden, die die Lebensmittelversorgung für die Bevölkerung von Polen nach Konventionen regeln. Die Grenze wird auf das höchste durch Militärpolizei und Soldaten von Minimalnormen herabgesetzt, die jedes Brot, jedes Stück Fleisch, das die hungernde Bevölkerung aus Polen zu bekommen erhofft, erbarmerlos konfisziert. Geradezu widerwärtig wirken die Szenen, die man auf den Grenzposten sieht. Soldaten, Schläger und Strafwachen bedrängen die Polen, die abgehende Zug mit den Soldaten umfassen. Die Passagiere, meist halberwerbende Frauen und Kinder aus Grenzpolen, werden aus dem Zug unterdrückt, wobei die Soldaten auch vor polnischen Leibeserkrankungen nicht zurückweichen. Jedes Quantum an Lebensmitteln wird nach auf polnische Gebiet beschlagnahmt und unter dem Namen und den Beschlagnahme der Frauen auf die „rogate diabli“ unter Soldaten und Gendarmen verteilt.

Welchen Wert die von großpolnischen Agenten verbreiteten Schilderungen von dem Lande Karan. haben, das Ober-Schlesien durch den Anmarsch an Polen mit Lebensmitteln versorgen wird, mag jeder Einsichtige selbst beurteilen. Es ist aber, gelinde gesagt, eine Unvorsichtigkeit, wenn Leute wie Architekt Pökel aus Neulich ganze Wagenladungen Lebensmittel verpacken, während Konventionen seit einem halben Jahre aus Polen nicht eine Karthoffel bekommen kann. Wenn der Lebensbedarf in Polen so groß ist, warum liefert man nicht an die Wälder aus Konventionen, wo das Brot 3-4 Mark das Pfund kostet und Leinwand an Hungerknechtbus elend zu Grunde geht? Die Verordnungen sind aber nur der Hülle, mit dem man Ober-Schlesien in das polnische Netz der Schladachischen locken will. Alle die polnischen Agenten, die in Ober-Schlesien Spion und Spionage betreiben, müssen sich nach Konventionen wenden, wo ihre Hilfe nützlich ist. In Ober-Schlesien herrscht zur Zeit zwar kein Hunger, aber der Hungerkampf ist dort wenigstens noch eine unbekannte Größe.

In Warschau weiß man denn auch genau, wie viele die Dinae in den ehemals preussischen Bezirken stehen. Daher die Kunde von der Autonomie für die von Preußen abgetretenen Gebiete Warschauer Wälder bringen ja schon den Entwurf, der diesen Bezirken von Ober-Schlesien bis zur Ostsee hinaus eigene Verwaltung und Gesetzgebung einräumen will. Auch dieser Entwurf ist dem Spion gleichzustellen, der den Ober-Schlesien aus Konventionen versprochen wird und der dort nicht vorhanden ist. Das Versprechen der Autonomie soll die Ober-Schlesier locken, für Polen zu stimmen, sobald es keine Wirkung getan haben sollte, würde es vergessen sein. Die Ober-Schlesier und die Bewohner der übrigen Gebiete, in denen eine Volksstimmung stattfinden wird, tun daher gut, auf all den versprochenen Spion nicht anzuhören!

### Soziale Rundschau.

**Wohnungsauszahlung bei Wohnortwechsel.** Kriegshinterbliebene, die ihren Wohnort wechseln, sollten zur Vermehrung von Ertragsmitteln in der Auszahlung ihrer Vermögensgegenstände möglichst frühzeitig die Postanstalt des alten Wohnortes mit dem bevorstehenden Umzug in Kenntnis setzen. Welsch kommt es vor, daß Kriegshinterbliebene erst nach der Ueberweisung ihre neue Adresse der Postanstalt mitteilen, so daß diese erst dann in der Lage ist, der Postanstalt des neuen Wohnortes die Stammliste zu übersenden. Da die Ueberweisung nicht unmittelbar von Postanstalt zu Postanstalt, sondern durch Vermittlung der zuständigen Oberpostdirektion erfolgt, vergeht dann naturgemäß einige Zeit, bis die Postanstalt des neuen Wohnortes in Besitz der Stammliste ist und die Rente auszahlen kann. Wenn dagegen die Hinterbliebenen, unmittelbar nachdem sie zum letzten Male in ihrem bisherigen Wohnort die Rente erhalten haben, der Postanstalt ihre künftige Adresse mitteilen, so kann der Postanstalt des neuen Wohnortes die Karte rechtzeitig überweisen werden, daß die nächste Rentenauszahlung am neuen Wohnort pünktlich erfolgen kann.

### Aus der Partei.

r. Turnersheim, 7. Aug. Samstag Abend 8 Uhr findet im Gasthaus „Zur Krone“ eine Parteiverammlung statt. Da die Tagesordnung eine sehr wichtige ist und auch die Vorbereitung zur Gedächtnisfeier am kommenden Sonntag nach Kassel zu treffen sind, ist es Pflicht der Genossen, pünktlich sowie vollständig zu erscheinen.

p. Kappelrodek, 5. Aug. Nächsten Samstag, 9. August, abends 8.30 Uhr, hält der Sozialdemokratische Verein seine Monatsversammlung im Gasthaus „Zur Krone“. Da jetzt wichtige Beschlüsse zu erledigen sind, wird um vollständiges

Erscheinen der Mitglieder gebeten. Mitgliedskarten sind mitzubringen.

Dos, 6. Aug. Am Sonntag, 10. August, nachmittags 1 1/2 Uhr findet in Kassel die Gedächtnisfeier für die 1849 kämpferlich erloschenen Freiheitkämpfer statt. Der Sozialdemokratische Wahlverein nebst Arbeitergesangverein „Concordia“ beteiligen sich an der Feier mit Fahne. Zusammenkunft findet mittags 12 Uhr im „Wald“ statt. Abfahrt 1/2 Uhr von Dos. Die Mitglieder beider Vereine, auch die Genossinnen, werden zur Teilnahme aufgefordert, mit der Bitte, pünktlich und vollständig zu erscheinen.

### Jugend und Sport.

#### Freie Turnerschaft oder Deutsche Turnerschaft.

Auf dem am letzten Sonntag in Offenburg stattgefundenen Kreisturntag des 10. Kreises der Deutschen Turnerschaft wurde auch das Verhältnis zu den Freien Turnern besprochen. Bürgerliche Blätter melden dazu:

Eine lebhaftige Aussprache entspann sich dann noch über die Stellung der Deutschen Turnerschaft gegenüber der Freien Turnerschaft. Während ein Vertreter den weiteren Versuch der Zusammenarbeit unterstützte, waren mehrere andere Redner der Ansicht, daß die deutsche Turnerschaft oft genug den Versuch des Zusammengehens gemacht habe und jetzt davon absehen soll. Der Gegensatz zwischen Süd- und Norddeutschland spielte hierbei eine besondere Rolle. Im Süden sei eine Verständigung eher möglich, als im Norden. Ein Antrag auf Einleitung weiterer Verständigungsversuche mit der Freien Turnerschaft wurde mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt.

Das die Verständigungsversuche zunächst anbelangen, so möchten wir um irgige Meinungen nicht erheben zu lassen, bemerken, daß der Kreisleitung der Freien Turner von einem solchen Versuch nichts bekannt ist, wenigstens nicht vonseiten der Kreisleitung der Deutschen. Sollte der Versuch in diesem Sinne gemeint sein, so ist es eine Arreführung der Öffentlichkeit, wenn behauptet wird, daß er oft genug gemacht wurde.

Die Gegensätze zwischen Deutscher Turnerschaft und Arbeiterturnerbund — wie überhaupt zwischen der bürgerlichen und der Arbeiter-Turnerbewegung — sind in ihrer Hauptursache dieselben wie früher. Nicht zur Klassengegenstände sind es, die uns trennen, sondern auch unsere Weltanschauung. Dies zeigt gerade am besten die Vergangenheit der Deutschen Turnerschaft. Sie, die typische Monarchenverhimmelung und Kriegshörnergemeinschaft, hat dem selbigen bürgerlichen Nachstaat stets Stiefelputzdienste geleistet und dazu beigetragen, daß der Strid, der dem deutschen Volke die Gurgel zuechnerte, intakt blieb. Und solche Führer — die z. T. heute noch Führer sind! — können es nicht begreifen, daß die Freien Turner, die stets für Frieden und Freiheit kämpften und vom alten Staat schikaniert wurden, mit der Deutschen Turnerschaft sich nicht vereinen. Mit wessen Recht sind die Arbeiterturner den Führern der Deutschen Turnerschaft gegenüber mißtrauisch, denn sie werden verstehen, daß sie ihre heutige Öffentlichkeit zur Schau getragene Gesinnung — die im Gegensatz zu ihrer vorenerwerblichen steht — etwas vorzüglich aufnehmen.

Das die Zusammenarbeit — ohne organisatorischen Zusammenschluß anbelangt, so lehnen es die Freien Turner nicht, was so die Praxis mit dem Landesausdruck in der Spielplatz- und Turnhallenfrage schon bewiesen hat. Warum wird dies bestritten?

Eines ist erfreulich, daß der Kreisturntag klare Bahnen geschaffen hat. Der Arbeiter kann daraus ersehen, daß der sporttreibende arbeitende Mensch erst recht in die Arbeiterportvereine gehört. Nicht Politik, wie es uns oft angedichtet wird, soll in unseren Reihen getrieben werden, aber auf die Seite der kämpfenden Arbeiterturnerschaft stellen sich die Freien Turner stellen wie in der Vergangenheit, so auch in Zukunft. Ihr wie der Besontheit wollen sie an Geist und Körper gebundenes Geschlecht heranziehen, um unser Vaterland den Kampf ums Dasein zu erleichtern. Wer dieses Bestreben unterstützen will, der trete ein in die Reihen des Arbeiterturnerbundes, er ist herzlich willkommen! i. e.

### Theater, Kunst und Wissenschaft.

#### Städtisches Konzerthaus.

##### „Die Fledermaus“.

Es ist geradezu eine Offenbarung gegenüber den moderneren Sagen, „Operetten“, und hier kann eine Bühne zeigen, ob sie Existenzberechtigung besitzt. Es ist uns sehr begreiflich, weshalb das Konzerthaus in der laufenden Spielzeit so lange mit Fledermäusen usw. gewartet hat, man hat eben den Flügeln nicht gewartet. Nicht mit Unrecht! — Einen Hans Wurst darf man nicht als Eisenstein ansehen, er ist ein Mann, der sich nicht in Oberland in dieser Rolle gefallen zu lassen. Mit Herumhüpfen und Goppla-Gopp ist noch lange nichts gemacht! Wenn man schon nicht singen kann, dann soll man doch wenigstens im Spiel mit Dezent und Eleganz, mit vornehmer Eleganz vor allem, zu gewinnen suchen. Was dieser Eisenstein z. B. sich der Adele gegenüber im 2. Akt leistete, müssen wir entschieden ablehnen; das Konzerthaus steht wieder in Berlin, noch in der — Provinz! Es braucht in der „Fledermaus“ nicht wie in der Anderschule herzugehen, das ist schon recht; aber auch nicht wie im Zirkus! Dort posiert der Frosch von Otto Hans Norden hin; der muß mit einer unmöglichen Pose kommen, muß sich zum Fenster hinausplumpfen lassen und bereits gichtkränke Wäbe bringen, damit das Publikum etwas zu lachen hat. Wir haben schon andere Frosche gesehen, ganz andere! Ja, in Schanden wie die „Fledermaus“, da leert man seine Leute leeren. — Wer vor verhältnismäßig nicht so langer Zeit Elisabeth Friedrich zum erstenmale als Adele gesehen hat, mußte über diese Rosalinde vom letzten Dienstag seine erbliche Freude haben. Stimmlisch von bewundernswürdiger Ausdauer und Sicherheit, darf ihre Darstellung ein klein wenig an Liebesswürdigkeit gewinnen. Wir haben nur ein Bedenken: müet sich die Künstlerin nicht etwas zu viel zu? — Liza Kost als Adele verfügt über eine ganz ausgezeichnete Stimme, die sie weit über die Operette hinausweist. Die recht gut gemeinte Darstellung bedarf noch manchen Schliffs. Trudi Wöhler war recht flott als Prinz, sagen wir besser als Prinzchen Orlosky. Durchweg befriedigend war der Franz von Rudolf Rath-Motta; man hätte ihn auch im Kupfwalzer im zweiten Akt singen lassen dürfen, womit dem lebenswichtigen Dr. Falke von Paul Wrede die Anerkennung nicht versagt sein soll. Joachim Faber kam als Alfred; sein Affektor in den „Landsknechten“ war bedeutend besser, doch das Trinitäts erklang recht hübsch. Josef Gröbinger (Dr. Blind) ist ja schon vom Landesopertheater her zur Genüge bekannt. Einstudiert war die Sache gut. Hans Norden hatte die szenische Leitung. Das Bühnenbild im zweiten Akt war nichts Gutes und nicht Ganzes: Aus dem Hintergrund wurde man nicht recht klar. Sehr flott spielte das Orchester; die Streicher sind ausgezeichnet. Wilhelm Schweppe sah am Rult und brachte den vom Ballett ganz annehmbar wiedergegebenen Donauwalzer zu bester Wirkung; nur gehört dieser Walzer nicht in die „Fledermaus“, deren Musik eine von ihm durchaus verschiedene ist. Bis wann hören diese allerorts verbreiteten Stillwidrigkeiten auf? — Ziehen wir die Summe: Die Aufnahme der „Fledermaus“ ist sehr zu begrüßen. Nur so weitergemacht. Aber keine Ersatzstücke! s. k.

Aus dem Lande.

Durlach.

Sozialdemokratische Partei. Die Frauenversammlung am Mittwochabend im „Darmstädter Hof“ war infolge persönlicher Einladung erfreulich gut besucht. Es wurde eine Kinderkommission gebildet und beschlossen, daß am kommenden Montag, dann folgend am Mittwoch und Freitag, die ersten Waldspaziergänge (in den Nittner) unternommen werden sollen; 24 Frauen haben sich zur Verfügung gestellt. Da die Herenpaarlinge vom gesundheitlichen wie moralischen Gesichtspunkte aus betrachtet dringend notwendig sind für Kinder und Eltern eine Freude sind, dürfen dieselben für diese Ferien in hiesiger Stadt guten Anklang finden. Die Veröffentlichung im Anzeiger des Volksfreunds, in der Volksschule letzten Freitag und im hiesigen Lokaltblatt besagt alles Nähere. Zur Frauenkonferenz wurden 4 Genossinnen, für den Parteitag eine Genossin delegiert.

Bruchsal.

Vollstrecker-Expedition. Seit 1. August hat der Genosse B. Staiber die Filial-Expedition des „Vollstreckers“ übernommen. Mellemationen sowie Neuannahmen sind an den Genossen Staiber zu richten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“. Die bereits beschlossene Tour nach Bretten findet am kommenden Sonntag statt. Zahlreiche Beteiligung auch von Nichtmitgliedern ist erwünscht.

Bretten.

Bürgerauskunftung.

Am ersten Male nach den Wahlen versammelten sich letzten Freitagabend 8 Uhr die neu gewählten Stadtvorordneten im großen Rathsaussaal. Bürgermeister Schemenau begrüßte die Erklärenen, dankte seinen Wählern und sprach die Hoffnung aus, daß auch diejenigen, die ihm ihre Stimme nicht gaben, in seinem Amte unterstützen möchten, er schloß mit dem Wunsche, die Mitglieder möchten alle persönlichen Überwärtigkeiten zurückstellen zum Wohle unserer Stadt. — Nicht weniger als 10 Punkte standen auf der Tagesordnung dieser 1. Sitzung. Schon der 1. Punkt: Zusammenfassung des Gewerbeausschusses, gab uns Gelegenheit, den Antrag zu stellen, daß die Zusammenfassung nicht nach dem Vorlage des Gemeinderats erfolgen, sondern auf parlamentarischer Grundlage aufgebaut sein solle. Die Aussprache führte dazu, daß der Punkt durch den Gemeinderat zurückgezogen wurde. Punkt 2: Errichtung einer Kommission für das Krankenhaus, und Punkt 3: Errichtung einer weiteren (4.) Professorenstelle an der Realschule fanden einstimmige Annahme. Punkt 4: Tarifvertrag für die städt. Arbeiter, zeitigte eine lebhafteste Aussprache. Während die bürgerlichen Bürgerauskunftungsglieder den Vertrag für gut befanden, wurde derselbe von unserer Seite lebhaft kritisiert. Insbesondere wurde die Entlohnung der Notstandsarbeiter und der Frauen als viel zu niedrig bezeichnet. Auch soll das Weggeld abgeschafft und dafür der Stundenlohn bezahlt werden. Ebenso kritisiert der sozialdem. Sprecher einzelne Paragraphen des Vertrages. Da der Vertrag aber schon abgeschlossen war, konnte eine Forderung desselben nicht statgegeben werden. Es war jedoch vom Gemeinderat eine Prüfung der vorerwähnten Punkte angefragt. Zu Punkt 5: Erhöhung der Umlage und Ausnahme eines Kapitals zur Verteilung der Lohnenerhöhung für die städt. Arbeiter und für die Bewilligung der Ausgleichszulage an die städt. Beamten, wurde untererzucht angefragt, wieviel Beamten dabei in Frage kämen und wie hoch sich der Gehalt derselben beläuft. Eine definitive Antwort konnte seitens des Vorstehenden nicht gegeben werden, die B. u. M. sollten nächsten einen gedruckten Bericht darüber erhalten. Der Gesamtaufwand erfordert ein Kapital von 124 000 M., wovon 97 500 M. auf die Lohnenerhöhung der städt. Arbeiter und 26 200 M. auf die Ausgleichszulage der städt. Beamten entfallen. 24 000 M. sollen durch Erhöhung der Umlage um 20 % gedeckt werden und 50 000 M. durch Kapitalaufnahme aufgebracht werden. Auch dieser Punkt fand einstimmige Annahme.

Punkt 6 betraf Erhöhung des Preises für Gas und Gasmeßermiete. Durch die gewaltige Steigerung der Kohlenpreise und die Lohnenerhöhung ist es notwendig, den Preis für Leucht- und Heizgas von 30 auf 45 %, Heizgas (Kleinabnehmer) von 20 auf 44 %, (Großabnehmer) von 28 auf 43 % und für Automaten gas ein Zuschlag von 50 Proz. eintreten zu lassen.

Punkt 7: Erhöhung des Strompreises von 50 auf 70 % fand mit 41 gegen 24 Stimmen Annahme. Einen geradezu heinlichen Standpunkt vertraten hier einige Handwerkermeister, die nur 60 bzw. 65 % bewilligen wollten.

Zu recht erregten Auseinandersetzungen kam es bei Punkt 8: Verbilligung der Auslandslebensmittel. Der Stadtvorstand und dem Kommunalverband konnte der Vorwurf nicht erpart werden, daß durch ihr lauzes Regieren die heutigen miffligen Verhältnisse in der Ernährung der hiesigen Bevölkerung geschaffen wurden. Auch wurde festgestellt, daß der Vorstehende, Herr Bürgermeister Schemenau, im Kommunalrat sich der Stimme enthalten hat, als darüber abgestimmt wurde, ob auswärtige Lebensmittel eingeführt werden sollen, worüber sich der Herr beim Kommunalrat beschwerten will. Weiter wurde von unserer Seite der Antrag gestellt, bei städt. Verkauf aufzugeben und denselben den Kaufleuten zu übertragen; es wurden hierbei auch die Verhältnisse in den städt. Verkaufsstellen kritisiert. Es wäre wirklich an der Zeit, daß diesem Verlangen des mehr als größten Teils der Bevölkerung Rechnung getragen würde. Der Aufwand von 50 000 M. zur Verbilligung der Lebensmittel fand einstimmige Annahme. Den Schluß der Sitzung bildete die Wahl der zu bestellenden Kommissionen nach §§ 73 und 74 der W. u. M.

Ettlingen.

z. Gedächtnisfeier in Rastatt. Die Genossinnen und Genossen, die sich in die Teilnehmerliste eingetragen haben, werden ersucht, um 12 Uhr am Staatsbahnhof zu sein. Abfahrt 12.37 Uhr. Freunde unserer Sache sind willkommen.

Bürgerauskunftung. Der Bürgerauskunftung trat erstmals am letzten Montag unter dem neuen Gemeinderat zusammen, er hatte 7 Punkte zu erledigen. Der 1. Punkt: Errichtung von 6 Schulmannsstellen wurde noch kurzer Debatte im Sinne des Gemeinderats erledigt. Ebenso der 2. Punkt: Ankauf eines Lastkraftwagens. Hier glaubte die Bürgervereinigung widerprechen zu müssen wegen der hohen Kosten. Von unserer Seite wurde hauptsächlich beantragt, daß der Chauffeur von auswärts eingestellt wurde, während in Ettlingen noch arbeitslose Chauffeurs vorhanden sind. Der Vorstehende begründete die Einstellung des auswärtigen Chauffeurs damit, daß man einen geeigneten Mann einstellen müßte, der auch die Reparaturen selbständig ausführen könne. Von der U. S. P. wurde verlangt, daß noch ein Anhängerwagen angeschafft werde. Alle Parteien stimmten schließlich der Vorlage zu. — Bedeutende Kulturwerte wurden geschaffen mit dem 3. und 4. Punkt: Genehmigung des Tarifvertrags für die städt. Arbeiter. Der Sprecher des Zentrums, Hof. Frank, konnte es nicht unterlassen, nachdem er seine Rede in „söhnlicher“ Weise vom Stapel gelassen hatte, noch die freigeberischen städt. Arbeiter anzugreifen, weil angeblich einer von ihnen einen christlich organisierten Arbeiter terrorisiert haben sollte. Sein Parteifreund, Kiefer, Sekretär des christlichen Legalarbeiterverband, kam ihm zu Hilfe, als die Genossen Bertsch, Stöhrer und Martin energisch diesen Vorwurf zurückwiesen. Es scheint, daß die christlichen Herrschaften, da sie kein Glück bei der hiesigen Arbeiterschaft haben,

gern einen Fall Mannheim konstruieren möchten. Es wird ihnen aber nicht gelingen. Die Vorlage wurde genehmigt. Es bedeutet dies ein schöner Fortschritt für die Arbeiter. Beträgt doch der Lohn für ungelernete 10,50 M. bis 12,50 M., angelernte Handwerker und ungelernete für besonders wichtige Posten 11,50 M. bis 13,50 M. Handwerker und Vorarbeiter für ungelernete Arbeit und Schichtführer im Gaswerk 12,50 M. bis 14,50 M. Vorarbeiter der Handwerker 13,50 M. bis 15,50 M. Urlaub vom 1. Dienstjahre beginnend mit 6 Tagen bis zu 15 Tagen bei 10 Dienstjahren. Außerdem noch Zulagen für besondere Arbeiten wie Kesselschneidern 10 M. und Klagen 12 M. Ueberstunden bis 9 Uhr 83 % und von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens 63 % Zuschlag. — Ebenso bedeutet auch die Gehaltsregelung für die Beamten, Punkt 4, ein großer Fortschritt; bekommen doch einzelne Beamten 65 bis 100 %, im ganzen 24 Beamten eine Aufbesserung von über 100 %. Der Sprecher der Bürgervereinigung glaubte, es wäre zweckmäßiger gewesen, wenn die Stadt mit Ausgleichszulagen den Beamten entgegen gekommen wäre. Von unserer Seite betonte Gen. Bertsch, daß die Gewerkschaftler dieses System ablehnen; die Zeit sei herun, wo die Arbeiter und Angestellten zu einem Schuldscheine arbeiten, selbst beim Abbau der Bedürfnisse- und Lebensmittelpreise. Zu einem Zusammenstoß mit dem Zentrum kam es noch einmal bei Erwähnung des hiesigen Zentrumsblattes, das die Revolution für die steigende Umlage verantwortlich gemacht hatte. Alle Redner erkannten an, daß es die höchste Zeit war, daß die Beamten einmal für ihre Leistungen eine anständige Vergütung erhalten, damit sie einmal menschenwürdig leben können. Eine längere Debatte entspann sich noch, als man einen Beamten von der ersten in die zweite und von der dritten in die zweite Lohnklasse verschieben wollte. Zum Schluß ergab die Abstimmung gegen eine Stimme die Annahme der Vorlage. Punkt 5: Genehmigung einer einmaligen Steuererhöhung um 28 800 M. ergab keine besondere Debatte, da alle Redner dafür eintraten. 6. Punkt: Aufnahme von Anleihen im Betrage von 2 800 000 M. fand einstimmige Annahme. Da der Geldmarkt vornehmlich immer teurer wird und ein günstiges Angebot gemacht wurde, mußte die Stadt zugreifen. Bemerkenswert sind die Reden der Vorstehende, der sich hieran am besten, wie das Geld während des Krieges auf das Land geflossen ist; es sind fast lauter ländliche Gemeinden, die das Geld liefern. — Punkt 7: Dienstvertrag mit Bürgermeister Hügel wird auf Antrag der Demokraten ohne Debatte genehmigt, da alle Parteien ohne Ausnahme damit einverstanden waren. Ein schöner Beweis, wie harmonisch das Oberhaupt und die Vertreter des Volkes zusammenarbeiten und wie die ganze Bevölkerung die Arbeit ihres Bürgermeisters anerkennt.

Rastatt.

1. Parteiversammlung. Wir betreiben nachmals auf die morgigen abend 8 Uhr im „Anker“ stattfindende Parteiversammlung. Gen. Dr. Kraus wird über die Sozialisierung unserer Volkswirtschaft sprechen. Außerdem wird die Wahl der Delegierten zum Landesparteitag stattfinden, wobei man wohl erwarten kann, daß die Genossinnen und Genossen vollständig erscheinen werden.

Vom Steuerwesen. Vom Finanzamt Rastatt geht ein folgende „Berichtigung“ zu: In Nr. 155 des „Vollstrecker“ vom 3. ds. Wts., auf die wir aufmerksam gemacht werden, bezieht sich jemand unter „Vom Steuerwesen“ mit dem hiesigen Finanzamt, dem er und zwar in häßlicher Weise die Schuld an den im fraglichen Artikel angezogenen Verhältnissen beimißt. Der Artikelverfasser wendet sich aber an eine falsche Adresse. Nicht das Finanzamt oder die Steuer erhebende Stelle, der Steuerkommissionär, oder die sie erhebende Stelle, die Steuerernehmerin, trägt die Schuld daran, wenn der Steuerpflichtige einen Steuerzettel erhält, in dem er zur sofortigen Zahlung größerer Steuerbeiträge aufgefordert wird. Es handelt sich in den angezogenen Fällen ausschließlich um jenen Neuzugehörigen Steuerpflichtigen. Nach Art. 15 des Einkommensteuergesetzes ist, wer in einer Bemerkung, in welcher er überhaupt nicht zur Einkommensteuer veranlagt ist, erstmals wieder ein steuerpflichtiges Einkommen aus Arbeit bezieht (sofern das Einkommen nicht aus einer öffentlichen Kasse fließt) verpflichtet, innerhalb 14 Tagen von Beginn der Steuerpflicht dem Steuerkommissionär oder dem Steuerernehmer seines Wohnortes eine Steuererklärung abzugeben. Weicht dies, so erfolgt alsbald die Steuerveranlagung durch den Steuerkommissionär und erhält das Finanzamt nach Umfug des Monats das Hebergeßel zur Erhebung der Steuer. Sehr häufig wird aber die Anmeldung seitens des Steuerpflichtigen oder auch der öffentlichen Kasse veräumt und erhält die Veranlagungsbehörde (der Steuerkommissionär), erst nach längerer Zeit Kenntnis von dem steuerpflichtigen Einkommen des Pflichtigen.

Die Folge davon ist, daß dieser dann sofort bezugs, innerhalb 14 Tagen die Steuer und zwar oft größere Beträge nachzahlen muß. Kommt also der Steuerpflichtige in eine solche Lage, so trägt lediglich er selbst oder unter Umständen auch die öffentliche Kasse, die die Mitteilung der Besätze an den Steuerkommissionär unterlassen oder nicht rechtzeitig gemacht hat, die Schuld.

Nach Art. 22 des Einkommensteuergesetzes sind dem Steuerpflichtigen in solchen Fällen auf Ansuchen angemessene Fristen zu gewähren. Unterläßt er auch dieses, so trägt er an den weiteren Folgen die Schuld. Was die angezogenen Verhältnisse betrifft, so steht es nicht im Ermessen des Finanzamts, diese zu erheben oder davon Umgang zu nehmen; es verfährt bei seinen Anordnungen nur nach den Bestimmungen der vorgeesehenen Gesetze. Der Steuerpflichtige kann sich aber in den besprochenen Fällen vor der Entrichtung der Veranlagungsgebühr bewahren, wenn er rechtzeitig d. i. innerhalb der 14tägigen Zahlungsfrist vom Tage der Zustellung an beim Finanzamt um Erstattung einfordert. Unterläßt er dies, so kann er sich auch nicht über die Erhebung der Gebühre beschweren.

Baden-Baden.

Die Darmlosen. Der der Schließung verfallene „Sporting-Club“ sucht in einem an die Bürgerauskunftungsglieder verandten Schreiben seine Auflösung an dem ihm widerfahrenden Schicksal zu beweisen. Er beweist, daß ohne ihn von Baden-Baden die Welt überhaupt nichts erfährt, und daß sein Bestehen eine Notwendigkeit für hier sei, wenn wir nicht ein größeres Freudenland oder ein besseres Ferienort werden wollen. Es ist hier nicht der Platz, mit den Vorfassern dieser „Aufklärung“ betrieblen Zukunft über die Fremdenpolitik unserer Stadtverwaltung sich auseinanderzusetzen. Aber das Eine sei den Schließern und Spielwärtigen Kriegsgewinnern vom „Sporting-Club“ gesagt, daß es für uns ganz ausgeschlossen ist, jemals die Existenzberechtigung eines solchen Clubs anzuerkennen. Wenn die Herren vielleicht meinen, ihnen ein Mitglied des Arbeiterrats oder der Stadtverwaltung zur Kontrolle der Einnahmen beigegeben, uns über zu können, so irren sie sich. Wir halten den Club nach wie vor für eine schädliche Sumpfpflanze, die ausgerottet gehört.

Reichswehrminister Roske befindet sich hier zum Kuraufenthalt, nicht in Konstanz, wie gestern irrtümlich berichtet wurde. Westmode-Rust. Die Orientierung in der neuzeitlichen Modekunst ist eine Forderung, die man an ein Volk nicht richten kann. Wenn sich hier ein „Westmoderkomitee“ gebildet hat, so ist das in gewisser Weise zu begrüßen. Die ernste Arbeit des Komitees läßt auf großes Interesse für die Förderung der Kunst schließen. Schon Mitte August soll die Eröffnung erfolgen. Dem Gedanken, die deutschen Arbeiterbewegungen in den Vordergrund zu rücken, können wir voll und ganz zustimmen. Das Starbja-Rakats wird der Brennpunkt der Ausstellung. In dieser Villa werden sich führende Modekünstler Salons eingeräumt, in denen sie ihre geschmackvollsten und modernsten Kunstwerke ausstellen können. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus

können wir dem Unternehmen unsere Anerkennung nicht versagen, wenn wir auch die Hoffnung auf einen dauernden, durchgreifenden Erfolg nicht hegen können.

Aus dem Murgtal.

p. Rosenfels, 5. Aug. Der sozialdemokratische Maßverein macht seine Mitglieder auf die am Sonntag den 10. d. M., nachm. 2 1/2 Uhr, in Rastatt stattfindende Gedächtnisfeier zu Ehren der im Jahre 1849 vom preussischen Militarismus standrechtlich gemordeten Freiheitskämpfer aufmerksam. Es ist eine selbstverständliche Pflicht jedes Genossen, sich an der Feier zu beteiligen. Treffpunkt ist punkt 12 Uhr mittags am Bahnhof Rosenfels.

Gaggenau, 6. Aug. Alle Genossen und Genossinnen, Leser der Parteipresse und Anhänger unserer Sache, sowie freigeberisch organisierte Kopf- und Handarbeiter seien auf die am nächsten Sonntag in Rastatt stattfindende Gedächtnisfeier für die 1849 standrechtlich erschossenen Freiheitskämpfer hingewiesen. Es ist Ehrenpflicht jedes Genossen, jedes Demokraten, sich an der Fahrt zu beteiligen. Der sozialdemokratische Maßverein, der Arbeitergesangsverein „Freiheit“, der Touristenverein „Die Naturfreunde“ und eine große Anzahl Mitglieder der freien Verbände fahren mittags 12 Uhr 18 Min. von Gaggenau ab.

Genossen und Kollegen! Ihr alle, die ihr den Gedanken der Revolution richtig erfährt, werdet begreifen, daß es gerade dieses Jahr zu einer wichtigen Kundgebung für die im Jahre 1849 auf den Festungswällen zu Rastatt standrechtlich erschossenen Freiheitskämpfer kommen muß, um der Nation zu zeigen, daß das Landesgeschick in den Händen der revolutionären Proletariats kämpfer liegt für die Männer aus deren Reihen schlägt, die vor 70 Jahren den Mut hatten, der Nation die Stirne zu bieten und schon damals verstanden wollten, das zu erreichen, was dem deutschen Volk vor 9 Monaten erst gelungen ist. Darum darf kein freiburger Mann oder Frau am nächsten Sonntag fehlen. Auf zur Gedächtnisfeier in Rastatt!

Adern.

1. Schweinehiebe stahlen in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag dem Bedenwärtiger Frießmann ein Schwein im Gewichte von einem Zentner aus seinem am Bahnhof liegenden Stall. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Offenburg.

Zur Ehrung der Standrechtshöcker sei den Parteigenossen mitgeteilt, daß die Abfahrt ab Offenburg erst 11.10 Uhr stattfindet. Wir bitten nochmals um rege Beteiligung von den Genossen aus dem ganzen Kreis.

Die Bürgermeisterfrage ist nun ins Stocken geraten, nachdem Herr Dr. Emerich, bisheriger Ortsbürgermeister, endgültig zurückgetreten ist. Der Verzicht wurde allgemein bejaht, da Herr Dr. Emerich der Stadt hätte wesentliche Dienste leisten können. Oberbürgermeister Herrmann bezieht sich angeschlossen, daß er nicht bereit gewesen wäre, mit Dr. Emerich zusammen zu arbeiten. Diese Annahme würde auf einem Mißverständnis. Die Stellung soll in einigen Wochen noch einmal ausgeprochen werden.

Muggensturm, 7. August. Nächsten Sonntag findet im „Bad Hof“ ein Konzert des Arbeiter-Turn- und Gesangsvereins „Garmone“ Muggensturm statt. Der Verein unter Leitung des Herrn Chormeisters G. Lüttge & hat ein schönes Programm zusammengestellt, es werden u. a. mitwirken die „Cassalia“ Karlsruhe, Herr Chormeister Lüttge & Karlsruhe und Herr Opernsänger G. Löber-Karlsruhe. Ein Teil der Einnahmen soll den Kriegswaisen der Gemeinde überwiehen werden. Das Konzert findet im „Badischen Hof“ statt. Beginn um 8 Uhr.

Seibelsberg, 7. August. Einem durchreisenden Kaufmann ist im Warteplatz 3. Klasse im hiesigen Hauptbahnhof eine Aktienmappe mit 65 000 M. Inhalt abhanden gekommen.

Mannheim, 6. Aug. Die Strafammer beurteilte wiederum 5 Puffstücken zu Gefängnisstrafen. Von den Puffstücken seien insgesamt noch 87 in Haft, ihre Beurteilung findet entsprechend ihrer früheren oder späteren Bestimmung nach und nach statt. — Am 5. August beabsichtigt die Gehrung des hier wohnenden Geschäftsführers Karl Schröder mit deutschen Reichsbanknoten im Betrage von 13 200 M. nach ihrer Heimat (Belgien) zu reisen, um dieses Geld dort zu veräußern. Sie wurde deshalb vorläufig festgenommen. Die Reichsbanknoten wurden beschlagnahmt. — Eine Frau wurde an der Rheinbrücke von Wehen übertrafft infolge der Aufregung über die Verweigerung des Passiers der Brücke, weil ihr der vorgelegte Lebensweis fehlte. Im Krankenhaus wurde sie einem Arzte das Leben.

Konstanz, 7. August. 750 Interimerte (250 Offiziere und 500 Mannschaften) trofen gestern nachmittag aus der Schweiz hier ein. — Heute nacht wurde der Uhrmacher Friedrich Kreyer n. p. 11 von den Wächtern Karl Waier, die schon längere Zeit auf gepanonten Füße standen, durch zwei Stiche in die Lunge, einen Stich in den Kopf und einen Stich in den rechten Vorderarm, der einen Gehirndurchschnitt, schwer verletzt. Der Täter ist verhaftet.

Arbeiterwochenarten. Die Generaldirektion der hiesigen Staatseisenbahnen teilt mit: Nachdem die Verhältnisse, die im Februar d. J. zur Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Arbeiterwochenarten auf 14 Tage geführt haben, nicht mehr bestehen, wird entsprechend dem Vorliegen der Nachberichterstattung die verlängerte Gültigkeit mit Wirkung vom 10. August 1919 aufgehoben. Von diesem Tage ab gelten die Arbeiterwochenarten wieder an 6 aufeinanderfolgenden Arbeitstagen. Eine Verlängerung der Geltungsdauer tritt nur ein, wenn die Karten an Sonn- und Feiertagen unbenuzt bleiben.

Unsere Pflicht

ist es, die Vorkämpfer für die Demokratie und Freiheit, die 1849 ihr Leben für ihre Ueberzeugung gegeben haben, zu ehren. Genossen, Genossinnen! Bekundet Euer Idealismus durch Teilnahme an der

Gedenkfeier in Rastatt!

Die Turn- und Gesangsvereine werden gebeten, die Fahnen mitzubringen.

Kommunalpolitik.

m. Amlingen, 8. Aug. Morgen Sonntagabend 1/8 Uhr findet hier eine Bürgerauskunftung statt, in welcher folgende Punkte zur Beratung stehen: der Gemeindevoranschlag, die Gehaltssteigerung der Gemeindevorbeamten, Bediensteten und Arbeiter, die Verbilligung der Auslandslebensmittel, der Geldnachschuß der Gemeinde, die Uebersteuerungszuschüsse zu den Neubauten.

Waldkirch, 3. Aug. Von den 28 Beisetzern um die hiesige Bürgermeisterei sind 6 in engere Wahl gekommen, von denen mittlerweile zwei zurückgetreten sind. Die restlichen vier sind die Herren Dr. Hedinger aus Freiburg, Kräutler, ehemaliger Bezirksrichter in Togo, z. H. in Ettlingen, Rechtsanwalt Oberle in Reutland und Justizsekretär Oed in Wolfach. Die Wahl wird am kommenden Freitag stattfinden.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 8. August.

Die Handelskammer Karlsruhe zum Gehehenwurt über die Verbraucherkammer.

Der Großhandelsausschuss und der Kleinhandelsausschuss der Handelskammer Karlsruhe beauftragten sich in ihren letzten Sitzungen mit dem Entwurf der bodischen Regierung, die Errichtung einer Verbraucherkammer betr., und kamen nach eingehender Beratung auf Grund des Berichtes des Kammerpräsidenten zu dem Entschlus, dass ein Bedürfnis für eine solche Kammer nicht bestehe, da der Schutz der Verbraucher bereits heute durch eine Anzahl Reichs- und Staatsbehörden wahrgenommen werde.

Die Stellungnahme der Handelskammer wird niemanden fremden. Der Handel hat selbstredend keine Interessen im Auge und man kann es ihm nicht verdenken, wenn er instinktiv in der Verbraucherfrage Unbehagen empfindet.

Holzarbeiterstreik. Die Holzarbeiter von vier großen Betrieben sind am Mittwoch früh in den Ausstand getreten.

Erhöhung des Straßentaxi. Eine Vorlage betr. Erhöhung des Straßentaxi, die dem Bürgerausschuss vom Stadtrat zur Genehmigung zugegangen ist, schlägt folgende Änderungen vor.

Erhöhung des Straßentaxi. Eine Vorlage betr. Erhöhung des Straßentaxi, die dem Bürgerausschuss vom Stadtrat zur Genehmigung zugegangen ist, schlägt folgende Änderungen vor.

Erhöhung des Straßentaxi. Eine Vorlage betr. Erhöhung des Straßentaxi, die dem Bürgerausschuss vom Stadtrat zur Genehmigung zugegangen ist, schlägt folgende Änderungen vor.

In der Begründung der Vorlage, durch deren Durchführung eine Erhöhung der Einnahmen von monatlich 130 000 M erzielt werden soll, heißt es, dass infolge der Verteuerung der Unterhaltungsarbeiten die Betriebsausgaben ganz erheblich gestiegen seien, die die vorliegende Tarifänderung nötig machten.

Gewandstücke. Zu unserer Notiz in Nr. 178 unseres Blattes über den hohen Preis für die vom Milchkamt verteilten Gewandstücke schreibt uns das Landespreisausschuss:

Kindergartenkonzert im Stadtpark. Unter ungeheurer Beteiligung fand bei glänzender Beteiligung am Mittwoch nachmittag ein Konzert der Stadtkommission ein Konzert statt, dessen Programm speziell für Kinder ausgewählt war.

Grundstückverkauf. Dem Bürgerausschuss ging vom Stadtrat ein Antrag zu, er möge Zustimmung dazu erteilen, dass das Grundstück Ecke der Dreier- und der Marie-Alexandrastraße (Lagerplatz Nr. 3902/1) mit 1881 Quadratm. zum Preise von 40 M für den Quadratmeter, somit 55 240 M, an den Kaufmann Karl Metzger hier verkauft werde.

Stadtparkkonzert. Heute Freitag nachmittag von 7-1/2 Uhr findet im Stadtpark vollständige Musikaufführungen und morgen Samstag findet bei gutem Wetter „Großes Konzert“ zu Gunsten der heimkehrenden Kriegsgenossen statt, bei welchem der Orchesterverein Karlsruhe und der Männergesangsverein Karlsruhe mitwirken.

Vollwehrricht. Der Vollwehrricht im Monat Juli. Im Monat Juli 1919 wurden von der Volkswehr Karlsruhe 14 Personen wegen Schwarzschlachtung, Diebstahl, Stillschleichen usw. festgenommen; außerdem erfolgten 99 Verurteilungen wegen Diebstahls, Preisüberhebung, Scheinhandel, Schwarzschlachtung, Mischschlagung, grobem Unfug, unrechtmäßigem Erwerb von Deeresgut, Wald- und Forstfrevel, Ferner wurden folgende Sachen beschlagnahmt: 25 Pentner Reis, 9 1/2 Pentner Reis, 849 3/4 Pentner Kartoffeln, 1/2 Pentner Kaffee, 2 Pentner Zucker, 2 Pentner Mehl, ein Wagen Gemüse, ein Wagen Brennholz, 12 920 Zigaretten, 1000 Zigaretten, 318 1/2 Pentner Tabak, 2 Bienenstöcke, 426 Pfund Seife, 688 Stück Kerzen, 757 kg Betriebsstoff und ein größerer Vorrat Gummiartikel aller Art.

Die Fahndungsabteilung der Volkswehr wurde jetzt an das Landespreisausschuss abgegeben. Anzeigen dieser Art sind daher an das Landespreisausschuss zu richten.

Arbeiterablenkung. Die Aufgabe des Arbeiterablenkungsausschusses ist, der Arbeiterschaft zu zeigen, dass es weit bessere und billigere Gewinne gibt, als den Alkoholgenuss. Zu diesem Zwecke werden bei den Zusammenkünften Vorträge gehalten über Kunst, Literatur, Hygiene usw.

Kunst, Literatur, Hygiene usw. Am nächsten Montag, abends 8 Uhr, spricht Gen. Ries über „Max Klingers und seine Kunst“. Zum Festen Verhandlung sind Kunstblätter von Klingers ausgestellt. Der Vortrag findet in dem geräumigen Handballsaal der Hebelstraße (Eingang Kreuzstraße) statt.

Letzte Nachrichten.

Die Reichsabgeordneten. Weimar, 8. August. (Privatmeldung.) Wie wir hören, hat der Einlausausschuss gestern bereits der Reichsabgeordneten seine Zustimmung erteilt. Damit geht, wenn die Nationalversammlung diesem Beschlusse beitrifft, daran nicht zu zweifeln ist, die gesamte Steuerlast auf das Reich über. Westere Länder, darunter auch Baden, haben nicht zugestimmt.

Eichhorn in Weimar. Weimar, 8. August. Der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung mochte auch der Hg. Eichhorn, der ehemalige Weimarer Polizeipräsident, bei. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet, dass Eichhorn von einer dazu berechtigten Stelle eine Bürgerhaft nicht gegeben worden ist, dass er nicht verhaftet werden dürfe. Nach der neuen Verfassung sei die Festnahme irgend eines Abgeordneten nicht zulässig. Wenn aber Eichhorn sich auf diese Verfassung verlassen haben sollte, so sei er im Unrecht, da die neue Verfassung noch nicht ratifiziert worden sei.

Budapest, 7. Aug. Der hauptstädtliche Magistrat und der Bürgermeister Dr. B. D. D. haben ihre Befugnisse wieder übernommen.

Eine Ehrung in englischer Gefangenschaft. Das Pressebüro Radio meldet aus Horsea, dass dem deutschen Kriegsgefangenen Druckmann vom Reg. No. 97 vor mehreren tausenden in Paradeuniform aufgestellten deutschen Kriegsgefangenen in Dorchester in Anerkennung seiner bei der Rettung von zwei britischen Kriegeroffizieren aus einem brennenden Flugzeug bewiesenen Tapferkeit eine silberne Uhr und eine Geldsumme überreicht wurde. Druckmann wurde hierauf in seine Heimat zurückbefördert.

Verantwortlich: für Politisches, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Badische Politik, Aus der Stadt, Kommunales, Soziales und Beilagen Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Unterturkheimer 24.

Vereinsanzeiger.

- Durlach. (Sozialdem. Verein.) Samstag, den 9. August, abends 8 Uhr, im Gasthaus zum „Lamm“ Parteiverammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zum bad. Parteitag und Wahl der Delegierten. Vollzähliges Erscheinen ist erwünscht. 5475
Durlach. (Frauenaktion.) Waldspaziergang. Für die nächsten 3 Wochen finden jeweils Montag, Mittwoch und Freitag (an Regentagen den darauffolgenden Tag) Waldspaziergänge mit der Durlacher Jugend statt. Zusammenkunft punkt 1 Uhr am Marktplatz. Rucksackvorrat ist mitzubringen. 5498
Durlach. (Naturfreunde.) Freitag, 8. August 1919. Mitgliederversammlung im Lokal zum „Goldenen Löwen“. Anfang 8 Uhr abends Samstag, 9. August 1919, Nachtmusik. Baumhäuser, Naturfreundehaus, Hebernsbach, Gerrenweide, Sand, Hundesied, Untermarkt, Hornsgründe, Mummelssee, Brüggenhölz, Gaisböhl, Eschbachwalden, Achem. Abfahrt: Samstag abends 5.15. Führer: Dahn. Außerdem beteiligt sich unser Verein auch bei der Familienunterhaltung unserer Durlacher Sportgenossen am Sonntag, 10. August 1919 nachmittags 4 Uhr beginnend, im Gasthaus zum „Adler“. Am recht zahlreiche Beteiligung dieser Veranstaltungen wird gebeten. Gäste stets willkommen. 5492
Der Obmann.
Erbsingen. (Naturfreunde.) Sonntag, 10. Aug., nachm. 4 Uhr, Familienunterhaltung im „Adler“. Umliegende Ortsgruppen sind freundlich eingeladen. 5497
Bruchsal. (Naturfreunde.) Sonntag, 10. ds. Mis. 6.24 Uhr abf. nach Bretten. Raubronn. 5490

Eltern die aus der Kirche ausgestiegen sind werden hiermit auf den freireligiösen Religionsunterricht aufmerksam gemacht. Jeden Samstag 3-5 Uhr Kinderschule (Kriegsstr.). Anmeldung daselbst, Zimmer 13, vor 8 Uhr. 1057

Herren- u. Damenschneider der durch Krankheit außer Stellung gekommen, sucht wieder dauernde Beschäftigung, eventuell auch Reichshilfe. Angebote unter Nr. 5494 an das Volksfreundbüro.

Daniels Konfektionshaus Wilhelmstr. 34, 1 Tr. Reichsware: Jackenkleider, Röcke, Mantel, Blusen, Kinderkleider in grosser Auswahl. Duft-riech „Reichheitsnelke“ ist der beste Verkaufs-Schlager für Märkte, Straßen und Versammlungen pp. 250 Stück in eleg. Schaulosten Mark 17.50 franko Rodonahme. 4 versch. Muster gegen 50 Pfg. in Marken. E. Weidemann, Seifen-abr. Planen L. Y. 54. 5480 z

Mandolinen, Gitarren, Zithern werden fortwährend angekauft in 4608 Weintrubs Ju- und Verkaufsgesellschaft, Kronenstr. 52. Tel. 8747.

Caschenuhren auch reparaturbedürftig, lauft 4607 Levy, Uhr- u. Verkaufsgeschäft, Markgrafenstr. 22.

Ein Tisch zu verkaufen Angartenstr. 49, 111 links. 5473

Möbliertes Zimmer zu vermieten. Martenstr. 18, 8. St. 1

Verloren Uhrkettenanhänger (Rheinische) zwischen Mühlburger Bahnhof und Rheinischen. Abzugeben gegen gute Belohnung im Volksfreundbüro. 5436

Bettmatten kein Bettmatten mehr. alter u. Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. Vers. Medika la München S. w. 7.

Anzeigen aller Art bietet Der Volksfreund Tages-Zeitung für das werktätige Volk Mittelbadens in seinem großen Verbreitungsgebiet Karlsruhe-Stadt und Land und darüber hinaus wirksamsten Erfolg Anzeigenpreis: 25 Pfg. die 7 spaltige Kolonzeile

Pflechtenleiden dauernde Bes. durch deutsches Reichspat. Prosp. grat. 4058Z Willberger & Co., Stuttgart, 1914

Jeder Dame, welche ihr ausgefallenes Haar einfindet, fertige schöne Zöpfe, Haarketten, Stympenverarbeiten u. s. w. billigt an. Defekte Haararbeiten repariere billig. Karl Wirth, Friseur Durlach, Waldstr. 21. 5493

Rasier-Ringen (Gilette), werden haarscharf geschliffen, Std. 15 Pfg. 5 Kaiserstr. 34, Baden. 5

Blinden-Arbeit. Handarbeiten - Wirken und Hochhaar - Wirken empfiehlt Wilh. Voos, Viktorstr. 6. 4613

W. MUND, ANBH. KARLSRUHE - MAXAUSTRASSE 20

Staubesuch-Ausgabe der Stadt Karlsruhe. Geschichtliche Notiz. Schollhammer v. Augsburg, Reich. Schlosser hier, mit Maria Schenck von hier. W. Kuntz von hier, Schlosser hier, mit Emilie Kehler von hier. Kurt v. B. von

Greifeld, Kaufmann hier, mit Frieda Schweiffe von Rodold. Wilhelm Dreier von hier, Monteur hier, mit Ella Krey von hier. Alfred Schmidt von Rodold, Lehrer hier, mit Frieda Köhl v. Gemnich. Josef Wahn von Sulzbach. Schlosser hier, mit Frieda Berner von Graben. Viktor Müller von hier, Gewerbelehrer in Bruchsal, mit Ella Müller von hier. Ernst Müller von Mannheim. Schlosser hier, mit Emma Winderroll von Mannheim. Josef Throm von Krautheim. Straßenbahnkassierer hier, mit Maria Bauer v. Galw. Adolf Weid von Philippsburg. Schuhmacher hier, mit Emma Gerbitzsch von hier. Todesfälle. Kar. Dold, alt 85 Jahre, Frau von August Dold, Glaser. Emil Gramlich, led., Rangierer, alt 23 Jahre. Karl Barth, Chemiker, Dienstmann, alt 80 Jahre. Weta Rädler, alt 67 Jahre. Witwe von Josef Rädler, Kaufmann.

Staubesuch-Ausgabe der Stadt Karlsruhe. Geburten. Rudolf, Vater Josef Böller, städt. Arbeiter. Geschichtliche Notiz. Karl Nittershofer, Landwirtsträger, mit Fr. Reiber. Sterbefälle. Rosa geb. Köppling, Ehefr. des Eisenredrebers Johannes Reiff, 82 Jahre alt. Wilhelm Barthlot, Privatm., Chem., 82 Jahre alt. Juliane Dordich geb. Ludwig, Ehefr. des Nachschreibers Josef Karl Köffel, 82 Jahre alt.

Todes-Anzeige.

Nach kurzem schweren Leiden verstarb gestern mittag mein lieber Vater, der gute Vater meines Kindes, unser lieber Sohn, Bruder und Schwager

Ludwig Waldbauer

In tiefer Trauer: Frau Frieda Waldbauer, geb. Probst. Die Beerdigung findet Samstag, 9. Aug., nachm. 2 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt. Trauerhaus: Körnerstraße 34. 5495



Samstag, den 10. August

Sänger-Fahrt nach Muggensturm

zur Teilnahme an der Feier des über-erfahrenen Gesangsvereins „Harmonie“. Es werden die Herren Sänger gebeten vollständig zu erscheinen. Zusammenkunft um 12<sup>30</sup> Uhr am Hauptbahnhof.

Die Fahnen-Deputation

nimmt in Rastatt an der 5428

Erinnerungs-Feier für die erschossenen Freiheits-Kämpfer

teil. Hierzu sind die passiven Mitlieder freundlichst eingeladen. Abfahrt ebenfalls um 12<sup>30</sup> Uhr. Der Vorstand.

Verband d. Brauerei- und Mühlenarbeiter. Zahlstelle Karlsruhe.

Samstag, den 9. August, abends 7 Uhr, findet in der „Goldenen Krone“, Ede Amalien- und Douglasstraße

Quartalsversammlung

mit wichtiger Tagesordnung statt, wozu um eine zahlreiche Beteiligung ersucht wird. 5498

Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Zahlstelle Karlsruhe.

Das Büro des bezeichneten Organisation befindet sich von nun an 5487

Karlsruhe-Mühlburg, Bachstraße 81, 1. St. Die Ortsverwaltung.

Brig.-Ers.-Batt. Nr. 55 u. Ersatz-Inf.-Regt. Nr. 28.

Alle ehem. Angehörigen obiger Formationen werden gebeten, sich zu einem gemütl. Abend am Samstag, den 9. August, 8 Uhr abends, im Schildbühnen (bei Kamerad U n t i) Wanneleierstraße Nr. 14, einzufinden. 5496

Sigler, ehem. Feldwebel.

Stadtgarten.

Nur bei gutem Wetter. 5489

Freitag, den 8. August, nachm. von 7-1/2 11 Uhr Volksküche

Musik-Aufführungen

Operetten-Abend des Musik-Verein Harmonie Leitung: Hugo Rudolph. Eintrittspreise wie bekannt zuzügl. 5 % Kulturbeitragssteuer.

Stadtgarten.

Nur bei gutem Wetter. 5489

Freitag, den 9. August 1919, abends 8 Uhr

Großes Konzert

zu Gunsten der heimkehrenden Kriegsgefangenen Ausführende: 5477

Orchester-Verein Karlsruhe

Leitung: Herr Kapellmeister R. Krohne

Männergesangsverein Karlsruhe

Leitung: Herr Seminarlehrer H. Bernhardt. Eintrittspreise wie bekannt zuzügl. 5 % Kulturbeitragssteuer.

Achtung! Volkswehrleute! Achtung!

Samstag, den 9. August 1919, nachmittags 2 Uhr:

Versammlung

in der „Gewerkschafts-Zentrale“. Bericht der Kommission. Erscheint vollzählig. Die Beauftragten.

Volksbuchhandlung der sozialdem. Partei befindet sich jetzt Adlerstraße 16

Billiges Gelände für Kleingärten.

Zu der Nähe des neuen Hauptbahnhofes ist billiges Gelände für Kleingärten zu verkaufen. Nur geringe Anzahlung und mäßige jährliche Abzahlung erforderlich. Auskunft erteilt Terrain- und Baugesellschaft Südbaden. Sofienstraße 56, Telefon 545.

F.-C. Concordia 1909 Karlsruhe.

Samstag, den 9. August 1919, abends 8 Uhr

Goldene Krone.

Sonntag, den 10. August, nachm. 3 Uhr im „Kaisergarten“ (Kaiserallee) grosses

Gartenfest

verbunden mit Preis-schiessen, Preiskegeln, Glücksrad und Glückshaten. 5472

Montag, 11. u. Donnerstag, 14. August Training für die Stafettenmannschaft.

Beregnung von Banarbeiten.

Für die Kleinwohnungs-Beregnung der Gemeinnützigen Bauvereinsgesellschaft in Unterzombach (Bez. Bruchsal) sollen die nachbezeichneten Hochbauarbeiten vergeben werden. 1. Grab- und Mauerarbeiten (Dachbed.) 2. Steinbauarbeiten (Natursteine) 3. Zimmerarbeiten 4. Mauerarbeiten. Bewerber wollen sich mit den hiesigen Verhältnissen Bekanntschaft machen in Karlsruhe, Vellorstr. 14 in Verbindung setzen. 5480

Gemeinnützige Bauvereinsgesellschaft

U. m. B. S. Unterzombach.



F. C. Frankonia Karlsruhe

(e. V. 1895).

Samstag, 9. August abends 6 Uhr

3. Mannschaft in Beiertheim gegen Beiertheim 3. Mannschaft.

Nach dem Spiel: Versammlung im „Waldhorn“.

Sonntag, 10. August

Sommer-Mannschaft in Gaggenau. Abfahrt 8.10 ab Hauptbahnhof.

Jeden Dienstag u. Donnerstag Training. 5485

Verein f. Bewegungsspiele Karlsruhe

Spielplatz gegenüber der Telegalenkaserne.

Samstag, 9. August abends 6 Uhr

Sportfreunde Leipzig

gegen 5488

V. I. B.

Nutzholz-Verkauf.

Die Gemeinde Gaggenau verkauft sofort aus ihrem Gemeindefeld folgendes Holz:

- 183 Nadelstämme I.-VI. Klasse mit 105,74 fm 48 Hektar I.-III. 87,45 fm 89 Eichenstämme II.-VI. 20,57 fm 8 Buchenstämme III. u. IV. 4,66 fm

Schriftliche Angebote hierauf sind verschlossen, mit entsprechender Aufschrift bis längstens

Dienstag, den 19. August 1919, nachmittags 5 Uhr, bei dem Gemeinderat einzureichen.

Zu dieser Zeit findet die Öffnung der Angebote im Rathaus statt, welcher die Bietenden anwohnen können.

Vollständige Preisverzeichnisse werden auf Verlangen abgegeben. Entfernung von Bahnstation etwa 8 km. Gaggenau, den 6. August 1919. 5494

Der Gemeinderat.

Frühkartoffel-Verkauf.

In sämtlichen Kartoffelverkaufsgeschäften der Firma Pfannkuch u. Co.,

sowie bei

- Anderer Josef, Luisenstraße 52, auch Karl, Waldstraße 75, Bauer Heinrich, Poststraße 20, Bauer Johann, Werderstraße 57, Besti Hermann, Leopoldstraße 1a, Biehl Adolf, Wielandstraße 14, Ernst Ferdinand, Durlacherstraße 22, Giller Pauline, Durlacherstraße 69, Klippstein Josef, Luisenstraße 12, Kott Karl, Winterstraße 44, König Christine, Karlstraße 75, Kuhnmann Frau, Amalienstraße 53, Mayer Reinhard, Waldstraße 81, Metz August, Kaiserstraße 19, Metz Otto, Durlacherstraße 6, Rüb Anna, Moonstraße 5, Desterle Johann, Karlstraße 14, Frenninger Heinrich, Mademierstraße 42, Hublaff Robert, Blumenstraße 15, Seiter Ludwig, Winterstraße 22, Schmitt Adolf, Wilmers, Werderstraße 73, Nibel Rich, Kriegstraße 151, Wanner Emil, Leopoldstraße 11, Weiser Luise, Durlacherstraße 63, Wipfler Johann, Douglasstraße 34.

kommen ab Freitag, den 8. August 1919

Frühkartoffeln - Auslandware - zum Verkauf, Kapmenge 2 Pfund gegen die Kartoffelmarke B Nr. 117.

Preis 20 % für ein Pfund.

Etwas nicht zur Einlösung kommende Kartoffelmarken sind unter allen Umständen aufzugeben.

Karlsruhe, den 7. August 1919.

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Gebettete Schuppen ohne Seitenwände 16 m lang, 4 m tief, hat auf Abbruch zu verkaufen. 5488

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

(Näheres Lager Kriegsstraße 5 a).

Weidenkörbe

geeignet für Obst- u. Gemüseverpackung etc., 50-100 Pfd. fassend, hat in größeren Mengen abzugeben. 5488

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

(Näheres Lager Kriegsstraße 5 a).

Städtisches Konzerthaus.

Freitag, den 8. August 1919. 5489

Die Faschingsfee

Operette in drei Akten von Dr. A. M. Willner und Rudolf Oesterreicher.

Musik von Emerich Kalmán. Anfang 7/8 Uhr. Ende 1/2 11 Uhr.

Mäuser

mit und ohne Gehäuse sowie Liegenbetten aller Art zu verkaufen durch das Liegenbettsbüro

M. Busam,

Karlsruhe, Lorenzstr. 33. 5481

Vertreter

für Hygien. Artikel gesucht. Großer Umsatz. Hoher Verdienst. Angebot unter 3 6889 a. d. Anzeigenzentrale, Leipzig, Wollstraße 6. 5481 z

Neue und gebrauchte Möbel

Wetten, Waschl., Nacht- u. and. Tische, Schränke, eing. Möb., Hoch- u. Seegrasmatt., Federbetten, Sofa, Hauten, Schreib-, Kontor- u. and. Stühle, Spiegel, Ofen u. Rohr für Kaminfeuer, und Küchenmöbel werden billig abgegeben. 5421

Wilmhelm Seiter,

Sofienstr. 93 p. Angehörige d. z. u. d. e. f. e. b. Kriegsge. erh. l. ten große Vergünstigung.



K.F.C. PHÖNIX

PHÖNIX - ALEMANNIA

Jeden Dienstag und Donnerstag Übung auf dem Sportplatz im Fasanengarten, jeden Freitag Bierisch im „Löwenrachen“.

Heute Freitag Abend punkt 8 Uhr

Monatsversammlung

anschließ. gemütliches Beisammensin.

Wir bitten unsere Mitglieder vollzählig und unbedingt pünktlich zu erscheinen. 5491

Freitag, 15. d. Mts., abends punkt 8 Uhr, außerordentliche

Spielerversammlung

Geschäftsordnung: endgültige Aufstellung sämtlicher Mannschaften für die kommende Spielsaison.

Der Vorstand.

Als Organisator von Musik-Vereinen

(zur Hebung der Instrumentalisten)

Harmonie- u. Orchester-musik

Ermittlung von Unerricht in Gruppen bei Vereinen auf Blas- und Streichinstrumenten, für Bläser im richtigen natürlichen und künstlichen Zungenstoss, sowie im Vortrag, welche Solisten werden wollen, in der Harmonielehre, Instrumentieren und im Dirigieren, welche sich zum Kapellmeister vorbereiten wollen, empfiehlt sich höchlichst

Obermusikmeister a. D. H. Liese in Karlsruhe

Dirigent der Feuerwehr- und Bürgerkapelle. 5474

la. Apfel-Wein

ist eingetroffen und empfehle solchen zu billigsten Preisen.

Joh. Fitterer, „zum König von Siam“

Werderstraße 21 5484 Werderstraße 21.

Email-Geschirre

werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 4608

Geschirr-Reparaturanstalt

Karlsruhe, Körnerstr. 38, im Hof. Telefon 1421.